

Hohe Sprit- und Heizölpreise:

Schröder & Multis zocken uns ab



Wir arbeiten und arbeiten und dann werden wir über astronomisch hohe Sprit- und Heizölpreise wieder abkassiert. Wir werden aber nicht nur abgezockt, wir sollen auch noch für dumm verkauft werden:

Behauptung Nummer 1:

Die Ölmultis sagen, sie würden nur die gestiegenen Weltmarktpreise für Rohöl weitergeben.

Wie kommt es dann, dass sie gerade jetzt traumhafte Gewinne machen? (siehe Kasten)

Die Behauptung, sie würden an den Tankstellen nicht viel verdienen, ist gelogen. Die Ölkonzerne fördern billig Öl und verkaufen sich dann, bilanztechnisch, ihr eigenes Öl zu Weltmarktpreisen. „Die Förderkosten liegen momentan zwischen zwei Dollar (4,32 DM) pro Barrel in Saudi-Arabien und 15 bis 19 Dollar pro Barrel (159 Liter) in der Nordsee. Bei einem Ölpreis von 30 Dollar ist da viel Geld zu verdienen“ (Süddeutsche Zeitung, 16.8.00).

Behauptung Nummer 2:

Die Ökosteuern müsse erhalten bleiben, weil sie dem Umweltschutz diene.

Tatsache ist, dass die Ökosteuern genauso wenig öko ist, wie die Mineral- und die Mehrwertsteuer. Kein einziger Pfennig von der

Ökosteuern fließt in den Umweltschutz, kein Pfennig zur Förderung von Bus und Bahn als Alternativen zum Autoverkehr. Die Öl- und Autokonzerne profitieren sogar von der Ökosteuern. Sie zahlen weniger an Ökosteuern als sie über den gesenkten Rentenbeitrag zurückbekommen.

Behauptung Nummer 3:

Schuld seien letztendlich die Autofahrer. Sie könnten ja auf das Auto verzichten.

Wie kommen diese Leute dazu, permanent zu behaupten, es gäbe genügend Alternativen zum Auto? Liegt es daran, dass sie als Abgeordnete jederzeit kostenlos und 1. Klasse im ICE durchs Land reisen können? Liegt es daran, dass sie als Minister per Hubschrauber und Flugzeug zu ihren Terminen jetten können? Oder haben sie den Bezug zur Realität verloren, weil sie mal eben zu einem Angelausflug mit ihren Freunden von der WestLB fliegen können?

Behauptung Nummer 4:

Die Bundesregierung schafft angeblich einen sozialen Ausgleich.

Aber die geplante Einführung der Entfernungspauschale und der Zuschuss zum Wohngeld machen nur einen Bruchteil der zusätzlichen Ausgaben für Sprit

und Heizung aus. Und woher wollen sie das Geld dafür nehmen? Von den Gewinnen der Ölkonzerne? Weit gefehlt. Wir sollen es selber zahlen. Allein die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer durch die Steigerung der Spritpreise sind ungefähr so hoch wie die angekündigten Ausgleichsmaßnahmen.

Schluss mit der unsozialen Steuerpolitik

Hier zeigt sich auch, dass das heutige Steuersystem durch und durch ungerecht ist. Die indirekten Steuern, die Massenverbrauchssteuern, sind in den letzten Jahren gestiegen, die Einnahmen aus direkten Steuern auf Einkommen und Gewinne sind zurückgegangen. Kurz: Die breite Masse zahlt immer mehr, Konzerne und Superreiche machen Kasse.

Die Kampagne von CDU/CSU ist reine Heuchelei. Sie haben in ihrer Regierungszeit Mehrwert- und Mineralölsteuer kräftig erhöht. Allein die Mineralölsteuer für bleifreies Benzin wurde 1991 um 22 Pfennige pro Liter erhöht (von 60 auf 82 Pfennige pro Liter). Die rot-grüne Bundesregierung setzt diese Politik fort.

Die Macht der Konzerne brechen

Wie schaffen wir es, dass sich etwas grundsätzlich ändert? Wie erreichen wir, dass endlich Alternativen zum Auto- und LKW-Verkehr geschaffen werden? Die Profitinteressen der Ölkonzerne stehen dem entgegen. Und sie sind mächtig. Die Autokonzerne ebenfalls. Sie haben in Deutschland sogar einen „Autokanzler“. Die Macht dieser Kon-

zerne muss gebrochen werden, sie müssen in Gemeineigentum überführt werden, demokratisch kontrolliert und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung.

Wenn ein paar tausend LKW-Fahrer ganze Länder lahm legen und Regierungen zu Zugeständnissen zwingen können, dann können Millionen protestierende oder streikende ArbeiterInnen noch viel mehr erreichen.

Die Öl- und Energiepreise steigen. Auf uns kommen hohe Nachschlagzahlungen bei den Heiz- und Energiekosten zu. Höchste Zeit, dass die Gewerkschaften einen Nachschlag auf die ohnehin mageren Tarifergebnisse fordern. Höchste Zeit, dass die Gewerkschaften Widerstand organisieren, gegen Abzockerei, gegen Rentenbetrug und gegen die Diktatur der Banken und Konzerne.

- **Schluss mit dem Abkassieren bei den Spritpreisen**
- **Sofortige Senkung der Steuerbelastung für Benzin, Diesel und Heizöl**
- **Drastische Erhöhung der Steuern auf Konzerngewinne und Einkommen der Superreichen**
- **Öffentliches Investitionsprogramm zum Ausbau von Bus und Bahn und zur Förderung alternativer Energien**
- **Ran an die Profite: Überführung der Öl- und Autokonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung**

Gewinne der Ölkonzerne:

BP Amoco:	7,9 Milliarden DM (+ 164 %)
Exxon Mobil:	7,3 Milliarden DM (+ 108 %)
Shell:	7,0 Milliarden DM (+ 65 %)

Weltweite Gewinnsteigerungen im zweiten Quartal 2000 (Quelle: Süddeutsche Zeitung, 16.8.00)

Verkehr
ALTERNATIVEN ZUM VERKEHRSKOLLAPS

Seite 3

Weltwirtschaftsforum
BERICHT VON DEN PROTESTEN IN MELBOURNE

Seite 5

Wiedervereinigung
10 JAHRE ABSTURZ OST

Seite 6-7

Bourdieu
KRITIKER DES NEOLIBERALISMUS

Seite 9

Ölkrise und Weltwirtschaft: Explosives Gemisch

„Eine Welle der Wut hat Europa erfasst“ (Der Spiegel Nr. 37/00): Blockadeaktionen in Frankreich, Spanien, Britannien, Niederlande und einer ganzen Reihe weiterer Länder. In Belgien traten Stahlarbeiter in einen 24-Stunden-Streik: 5.000 ArbeiterInnen in Lüttich und 2.000 in Charleoi forderten eine Koppelung der Löhne an die Ölpreissteigerungen. Einmal mehr stach die Internationalisierung der Proteste, ein herausragendes Phänomen der letzten Jahre, hervor. Proteste, die sich sowohl gegen sozialdemokratisch als auch konservativ geführte Regierungen richteten.

Aron Amm, Berlin

Gekämpft wurde in dem Geist: Nur wer sich zur Wehr setzt, kann etwas erreichen. Wie so oft in den letzten Jahren war Frankreich erneut Vorreiter und Vorbild: In wenigen Tagen wurde Frankreichs Regierung unter Premier Jospin gezwungen, dem Druck nachzugeben und Zugeständnisse an Bauern und Fernfahrer zu machen, Abgaben für Küstentischer zu ermäßigen und Dieselsteuern zu senken.

Der Widerstand gegen den Benzinpreiswucher war ein Ventil für den enormen Unmut, der sich nicht nur unter LKW- oder Taxifahrern (von denen auch einige ehemalige Industriearbeiter sind), sondern in großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung angestaut hat. Kein Wunder, dass die Proteste europaweit in allen Umfragen die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Befragten fanden. „Die Proteste sind ein merkwürdiger Mix. Eher kleine Gruppen von Betroffenen, von Bauern, Fern- oder Taxifahrern, greifen zu militanten Mitteln (...) Doch die Gesellschaft sieht in den Boykotteuren keine Minorität, sondern eine Art Avantgarde“ (Der Tagesspiegel vom 15.9.00).

Aber es war nicht nur die Protestwelle, die den Kapitalisten international die Schweißperlen auf die Stirn getrieben hat, sondern auch die Angst um die möglichen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft (die heute durch gewaltige Überproduktion bzw. Überkapazitäten belastet ist). Erinnerungen an die Ölkrise Anfang der 70er Jahre, die damals nicht die Ursache, aber der Auslöser für die erste Weltwirtschaftskrise und dem Ende des Nachkriegsaufschwungs war, wurden wach. Aufgrund befürchteter Profiteinbußen zogen die hohen Ölpreise bereits die Börsen in Mitleidenschaft.

Auch wenn die Abhängigkeit von den OPEC-Staaten gegenüber damals zurück gegangen ist, auch wenn die Inflationsraten heute niedriger sind und die Ölpreise damals inflationsbereinigt das Doppelte betragen, treibt die Herrschenden die Sorge um, dass die Folgen der vergangenen Ölkrise für die Weltwirtschaft jedesmal stark unterschätzt wurden. 1990 wurde zum Beispiel von der OECD trotz Anstieg der Ölpreise ein Wachstum von zwei Prozent für die US-Wirtschaft im folgenden Jahr erwartet, stattdessen stagnierte die US-Wirtschaft 1991 de facto bei 0,8 Prozent.

Trotz des Rückgangs der Ölpreise Ende Septem-

ber (nachdem die USA ihre strategischen Notreserven angezapft haben), halten führende Repräsentanten des Kapitals wie die US-Investmentbank Goldman Sachs eine deutliche Senkung nicht für wahrscheinlich. Vielmehr sind sie beunruhigt angesichts der Spannungen innerhalb der OPEC. Für jeden Dollar, den das Barrel Öl weniger kostet, verliert zum Beispiel die Wirtschaft Venezuelas eine Milliarde Dollar pro Jahr. Präsident Chavez, der sich populistisch gegen den Neoliberalismus wendet, erklärte: „Niedrigere Preise wären ein Todesurteil für uns und unser Volk.“

Mit der Verdreifachung der Ölpreise in den letzten achtzehn Monaten befürchten die Bürgerlichen eine deutliche Abschwächung des EU-Wachstums: „Rund ein Prozent der Wirtschaftsleistung werden die Euro-Europäer in Form höherer Erdölrechnungen in die Öl produzierenden Staaten mehr überweisen müssen“, Handelsblatt vom 7.9. (Dazu kommt die Sorge um den Euro, der seit Anfang 1999 um ein Viertel fiel.) Das Zehn-Jahres-Hoch beim Ölpreis wird auf die Erzeuger- und Verbraucherpreise drücken, die Inflation anheizen und möglicherweise weitere Zinserhöhungen nach sich ziehen, und damit Investitionen deutlich erschweren. „Da ist noch einiges in der Pipeline“, meinte Joachim Scheide, Leiter der Konjunkturabteilung am Kieler Institut für Weltwirtschaft.

Die Abhängigkeit Südostasiens vom Öl ist in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch gestiegen und könnte die dortige gegenwärtige Erholung abwürgen. Auch Japan, das die ganzen 90er Jahre in Stagnation und Rezession krebste, ist besonders abhängig von Ölimporten.

Nach dem Golfkrieg, in dem der US-Imperialismus seine Dominanz im Nahen Osten untermauerte, waren die Ölpreise in den 90er Jahren stabil gewesen – bis zur Südostasienskrise. Die Folge damals: Lager liefen über, Tanker mussten im Kreis fahren, Preise kollabierten. Nachdem die vorübergehende Erholung der Wirtschaft Südostasiens und die Verlängerung des Konjunkturaufschwungs in den USA die Nachfrage nach Energie wieder anheizte, sieht das Handelsblatt vom 22.9. nun die Gefahr, „dass das Erdöl auf einem derartigen Preisniveau die Antriebskräfte der Weltwirtschaft nicht eben wenig bremst. Die Frage ist heute, ob der Barrelnpreis just das Wirtschaftswachstum zerstört, das Ursache seines eigenen Preisbooms ist“.

Für die USA hält der IWF in seinem jüngsten Bericht zur internationalen Wirtschaftslage (World Economic Outlook, WEO) sogar eine harte Landung nicht länger für ausgeschlossen.

Auch wenn die Ölkrise eingedämmt werden sollte, ist ein Abschwung der US-Wirtschaft – angesichts der privaten und öffentlichen Schuldenberge, des extrem hohen Leistungsbilanzdefizits und der von der realen Wirtschaft völlig abgehobenen Aktienkurse – eine Frage der Zeit. Eine tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise in den USA könnte die ganze Weltwirtschaft in die Krise reißen. ■

unser standpunkt

Halbzeitbilanz der Schröder-Fischer-Regierung Rot-Grün – Handlanger des Kapitals

Die rot-grüne Bundesregierung hat ihr Amt vor zwei Jahren weder mit überwältigender Sympathie noch mit hohen Erwartungen seitens der Arbeiterklasse angetreten. Viele waren 1998 jedoch froh, nach 16 Jahren Kohl endlich los geworden zu sein und erwarteten, dass es nicht schlimmer kommen könnte. Von wegen.

Wurde Kohl oft mit einem Elefanten im Porzellanladen verglichen, so ist dagegen die rot-grüne Regierung in den ersten zwei Jahren wie ein Sturm über Deutschland hinweggefegt: sie hat nach 60 Jahren deutsche Soldaten wieder in den Krieg geschickt, sie hat die Atomenergie für 30 Jahre und länger festgeschrieben, sie hat mit der Steuerreform, der Gesundheitsreform und besonders mit der geplanten Rentenreform in rasantem Tempo angefangen, den Wunschzettel des Kapitals abzuarbeiten. „Riesters Reform ist Manna für die Versicherten“, so die Financial Times Deutschland vom 2.8.00 zur Rentenreform. Die Rentenreform ist das größte Projekt in Sachen Demontage des „Sozialstaats“ in der ganzen Nachkriegszeit. „Die neue Sozialdemokratie will nicht nur neue Wähler aus der neuen Mitte, sie will auch einen neuen Sozialstaat“ (FR vom 18.9.00). Konkret: unter der SPD, die sich in den 90er Jahren zu einer durch und durch bürgerlichen Partei gewandelt hat, soll der Ausstieg aus dem gesetzlichen Sozialsystem durchgezogen werden.

Die Regierungsbeteiligung hat den Verfall der SPD und besonders der Grünen massiv beschleunigt. Mit dem Krieg gegen Jugoslawien war der Rubikon überschritten. Rot-grün hat dabei ihren nationalistischen Charakter offenbart und sich unwiderruflich in den Dienst des Kapitals ge-

stellt. Im Anschluss daran handelte sie nach dem Motto: „Ist der Ruf erst ruiniert, regiert man völlig ungeniert“.

Eine Umfrage des Emnid-Instituts aus dem Spätsommer belegt, „dass die SPD bei ihrem ur-eigenen Klientel, den Arbeitnehmern und sozial Schwachen an Reputation verloren hat. (...) Die SPD hat sich den Ruf einer Partei des Großkapitals erworben.“

Dass Rot-Grün noch immer einigermaßen fest im Sattel sitzt, liegt vor allem an vier Faktoren: 1. Eine schwache Opposition und eine CDU-Spendenaffäre, die eine Zeitlang von der Politik der Regierung ablenkte, 2. Der konjunkturelle Aufschwung, der den Haushalt entlastet und Hoffnung auf Besserung in Teilen der Arbeiterklasse aufkeimen ließ, 3. Die Enttäuschung einer Schicht von ArbeiterInnen und Jugendlichen, die sich vorübergehend von der Politik abgewendet hat, 4. Der Kurs der Gewerkschaftsführung, mit der Einbindung in das so genannte Bündnis für Arbeit, was Regierung und Unternehmern half, Proteste zu entschärfen.

Wie rasch sich das Blatt aber wenden kann, haben die europaweiten Proteste gegen die hohen Benzinpreise und ihre massive Unterstützung in der arbeitenden Bevölkerung gezeigt, die den tiefen Graben in der Gesellschaft – bis hinein in die kleinbürgerlichen Schichten – offenbarten. Sie haben angedeutet, dass jede Regierung in die Knie gezwungen werden kann. Das Versagen von Rot-Grün schreit nicht nur nach einer neuen Arbeiterpartei, sondern eröffnet auch die Möglichkeiten dazu. Es gilt jetzt, die Wut in Widerstand zu verwandeln! ■



Britannien:

Proteste gegen Benzinpreiswucher und gegen New Labour. Die Blockadeaktionen gegen die hohen Ölpreise hatten in allen Umfragen die Unterstützung von 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung. Laut Meinungsforschungsinstituten sind die Popularitätswerte von Schröders Vorbild Blair auf ein Rekordtief gestürzt.

SAV-Stellungnahme: Zu den Aufgaben der antifaschistischen Bewegung

Sollen antifaschistische Bündnisse mit den Regierungsparteien und dem bürgerlichen Establishment zusammenarbeiten? Welche Haltung sollen sie zum staatlichen Rassismus einnehmen? Sollen sie die sozialen Probleme thematisieren? Diese und andere Fragen werden in der antifaschistischen Bewegung zur Zeit diskutiert und sind von großer Bedeutung. Die SAV schlägt folgende Antworten vor:

Das Übel an der Wurzel packen

Es gibt drei Hauptfaktoren für das Erstarken der faschistischen Bewegung, die in einem Zusammenhang miteinander stehen.

Diese sind: die soziale Krise, der staatliche Rassismus und der Rechtsruck bzw. die Untätigkeit der Führung der organisierten Arbeiterbewegung.

Die soziale Krise, also akute soziale Probleme und Zukunftsängste, haben zu einer Entfremdung von den bürgerlichen Institutionen geführt und eine Offenheit für radikale Lösungsangebote unter Teilen des Mittelstandes, der Arbeiterklasse und bei Arbeitslosen und Jugendlichen entstehen lassen. Soziale Probleme führen nicht automatisch zu Rassismus oder Unterstützung für faschistische Organisationen. Sie werden aber von den Faschisten ausgenutzt, indem sie mit ihrer sozialen Demagogie (zum Beispiel NPD-Parole „Arbeit statt Profite“) er-

stens den Eindruck vermitteln, sie würden die Interessen der „kleinen Leute“ vertreten und zweitens mit ihrem Rassismus einen Sündenbock für die sozialen Probleme liefern. Dies wird aber nur möglich, weil die etablierten gesellschaftlichen Kräfte (von CDU/CSU über SPD bis hin zu einzelnen GewerkschaftsführerInnen und den Medien) ihrerseits in unterschiedlicher Art und Weise Einwanderung und ImmigrantInnen zur Ursache für soziale Probleme abgestempelt haben und sich rassistische Vorurteile deshalb in Teilen der Bevölkerung ausbreiten konnten. Die Faschisten können sich so als die Kraft darstellen, die bereit ist, das Problem „AusländerInnen“ radikal anzugehen.

Durch den Rechtsruck in der Führung der Arbeiterbewegung und die Schwäche der Linken gibt es keine starke und kämpferische Alternative, die einen Weg aufzeigt gegen Unternehmer und Regierung zu kämpfen.

Soziales Programm nötig

Diesen Zusammenhang zwischen sozialer Krise und Erstarken der Faschisten zu verneinen wäre falsch und würde auch keiner historischen Betrachtung des Phänomens Faschismus standhalten. Gerade die Entstehung der faschistischen Regime in Europa in den 20er und 30er Jahren basierte auf der sozialen Krise und einer daraus folgenden enormen Polarisierung in der Gesellschaft.

Um den Faschisten den Boden zu entziehen, müssen AntifaschistInnen deshalb Antworten auf die sozialen Probleme geben und Argumente gegen rassistische Vorurteile liefern. Die grundlegendsten Wahrheiten müssen immer und immer wieder erklärt werden: nicht die ImmigrantInnen sind verantwortlich für Arbeitslosigkeit und andere soziale Übel, sondern die Unternehmer und ihre Regierung in Berlin; Deutsche und Nichtdeutsche sind gleichermaßen von diesen Problemen betroffen und dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen; die Sündenbockpropaganda nutzt nur dem Kapital und den Regierenden, die von ihrer eigenen Verantwortung ablenken können; nur ein gemeinsamer Kampf aller betroffenen ArbeiterInnen, Jugendlichen und Arbeitslosen gleich welcher Nationalität und Hautfarbe kann etwas erreichen!

Wenn AntifaschistInnen auch solche deutschen Jugendlichen und ArbeiterInnen erreichen wollen, die auf die Propaganda der Faschisten hereinfallen können, sollten sie sich selber den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau auf die Fahnen schreiben. Solche Forderungen können eine notwendige Brücke zum Bewusstsein der breiten Masse, die noch keine konsequenten antifaschistischen und antirassistischen Schlussfolgerungen gezogen hat, sein.

Forderungen nach gleichen Rechten für alle in Deutschland lebenden Menschen und gegen Sondergesetze für Nichtdeut-

sche, gegen Abschiebungen usw. kann man so nicht nur von einem humanistischen Standpunkt erklären, sondern vom Standpunkt der gemeinsamen Klasseninteressen und des gemeinsamen Kampfes für eine lebenswerte Zukunft.

Für eine Bewegung von unten

Aus den ausgeführten Überlegungen beantwortet sich auch die Frage, wer die Faschisten erfolgreich bekämpfen kann und wer das nicht kann.

Um eine antifaschistische Politik zu betreiben, die auf die wahren Verursacher von sozialen Problemen und Rassismus hinweist, muss man die Dinge beim Namen nennen. Versucht man CDU/CSU, FDP, B90/Die Grünen, SPD, Unternehmer, Kirchen und Medien in solche Bündnisse einzubeziehen, wird man zwangsläufig auf klare politische Aussagen verzichten müssen. Ohne politische Antworten zu den drängenden sozialen Fragen wird aber eine antifaschistische Bewegung nicht dauerhaft aufzubauen sein. Der rein moralische „Lichterketten“-Ansatz konnte zwar 1992/93 Hunderttausende zu einmaligen Aktionen mobilisieren, aber die Faschisten waren wenig beeindruckt. Das Scheitern dieses Ansatzes ist vielen bewusst und deshalb sind ähnliche Aktionen bisher weniger erfolgreich. Dazu kommt, dass viele kritische Menschen, vor allem ImmigrantInnen, gar nicht mit den HeuchlerInnen der etablierten bürgerli-

chen Parteien zusammen demobilisieren wollen.

Eine Abgrenzung vom bürgerlichen Establishment bedeutet nicht, dass SPD- und Grünen-WählerInnen und -Mitglieder bzw. untere Gliederungen dieser Parteien bei solchen Demonstrationen nicht willkommen wären. Von einem eindeutigen antirassistischen Programm und einer Abgrenzung von Sozialabbau und der Regierungspolitik für die Reichen sollten antifaschistische Bündnisse aber keinen Abstand nehmen, um SPD- oder Grünen-Gliederungen zu erreichen.

Mit dem bürgerlichem Establishment gegen die Faschisten zu kämpfen wäre genauso dumm, wie einen Pyromanen zum Feuerlöschen einzuladen.

Stattdessen sollte sich die antifaschistische Bewegung darauf orientieren Gewerkschaften, ImmigrantInnenverbände, Schüler- und Studierendenvertretungen, PDS und andere linke Parteien und Organisationen zusammen zu bringen und auf der Grundlage eines gemeinsamen Aktionsprogramms den Faschisten die Straße streitig zu machen.

Eine besondere Verantwortung haben hier die Gewerkschaften, die acht Millionen deutsche und nichtdeutsche ArbeiterInnen organisieren und die Kraft haben, den Faschisten das Handwerk zu legen. Wenn GewerkschaftsführerInnen diese Kraft nicht einsetzen wollen, muss von innen und außen Druck ausgeübt werden und untere Gliederungen müssen selbständig in Aktion treten. ■



„Wir sind nicht gefährlich – wir sind in Gefahr“. Die Regierungen vergießen Krokodilstränen und setzen gleichzeitig ihre Abschiebepaxis fort.

Verkehr(te) Welt

Radikaler Umbau des Verkehrssystems nötig

Der Sprit wird teurer und teurer. Dadurch wachsen natürlich noch lange keine Alternativen zum Auto aus der Erde. Dabei könnte sehr viel für die Umwelt getan und dabei noch Geld gespart werden. Wir brauchen ein radikal anderes Verkehrssystem. Das bestehende ist eine einzige Katastrophe.

Georg Kümmel, Köln

Was sich auf Deutschlands Straßen abspielt kommt einem Massaker gleich. Jedes Jahr produziert der Straßenverkehr einen Leichenberg von 8.000 Toten. Dazu kommen 500.000 Verletzte, darunter viele Menschen, die für den Rest ihres Lebens verstümmelt oder verkrüppelt sind. In den Arztpraxen sitzen Kinder und Erwachsene mit Allergien und Atemwegserkrankungen, zu deren Ausbruch die Abgase aus den Auspuffröhren beitragen. Der Straßenlärm raubt Millionen Menschen den Schlaf und macht krank. Innenstädte ersticken in der Blechlawine, die Landschaft wird weiter mit dritten und vierten Autobahn-Fahrestreifen zubetoniert.

Alle Prognosen gehen von einer Zunahme des Straßenverkehrs, insbesondere des LKW-Verkehrs aus. Was tut die rotgrüne Regierung? Gegensteuern? Nein, sie fördert diese katastrophale Entwicklung noch. Die Alternative zum Straßenverkehr, die Bahn, wird für die Privatisierung zusammengeschrumpft. Strecken werden stillgelegt, Personalabbau führt zu Verspätungen und Verfall der Gleise.

Die Privatisierung der Post wird fortgesetzt. Statt einem Postauto fahren auch noch die privaten Anbieter von UPS, DPD, German Parcel... hintereinander durch dieselben Straßen. Statt wie früher mit der Bahn werden die Briefe der Post jetzt, von neu erbauten Verteilzentren an den Autobahnkreuz-

Strommärkte schadet dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Warum? Weil mit den Überschüssen der Stadtwerke in der Vergangenheit die Defizite bei den kommunalen Verkehrsbetrieben ausgeglichen wurden. Das hört jetzt auf. Die Fahrpreise werden weiter steigen.

Unnötige Verkehrsströme

Damit nicht genug. Immer weniger Menschen finden einen Arbeitsplatz in der Nähe ihres Wohnortes. Oder sie behalten ihn nicht. Die vielgepriesene Flexibilität bei der Arbeitsplatzsuche bedeutet, dass Tag für Tag Millionen Pendler in ihren Autos in alle Richtungen und Gegenrichtungen fahren, (oder im Stau stehen), ja sogar aus anderen Ländern anreisen, weil sie ihre Arbeitskraft billig verkaufen müssen.

Was für die Menschen gilt, gilt auch für die Waren. Das Pöttchen Krabben hat schon eine Reise über mehrere tausend Kilometer mit dem LKW hinter sich, wenn der Verbraucher es aus dem Kühlregal nimmt. Weil Frauen in Marokko Krabben zu Hungerlöhnen pulen, werden die Krabben von der Nordsee nach Marokko und zurück transportiert. Wo wir gerade beim Thema sind. Früher gab es in jedem Dorf und in jedem Stadtteil ein Lebensmittelgeschäft. Sie wurden von den großen Lebensmittelkonzernen verdrängt. Heute fahren jeden Tag Millionen mit dem Auto zum Einkaufen. Um einen gefüllten Einkaufskorb mit 20 Kilo Nahrungsmittel nach Hause zu befördern, bewegt jeder ein Auto, das über eine Tonne wiegt. Die gesamte Versorgung der Bevölkerung ist inzwischen auf den Individualverkehr mit dem Auto zugeschnitten.

Die private Wirtschaft hat, um den Profit noch ein bisschen zu steigern, die Produkti-

Allgemeinheit auf" (SZ, 16.9.00).

Die Aufzählung überflüssiger Transporte ließe sich weiterführen. Zwecks Ausnutzung der Billiglöhne in anderen Ländern werden Vor- und Fertigprodukte mit dem LKW durch ganz Europa gekarrt. Kampf gegen die LKW-Lawine heißt daher tatsächlich auch länderübergreifender Kampf für höhere Löhne.

Lösungen

In der Beschreibung der Probleme liegt auch schon die Lösung. Mit Vorschlägen wie „Lassen sie ihr Auto doch mal stehen und gehen sie zu Fuß zum Bäcker“ lassen sie sich dagegen nicht aus der Welt schaffen. Oder glaubt jemand, dass die Millionen, die jeden Tag auf der Autobahn im Stau stehen nur „mal eben zum Bäcker“ wollen? Ein radikaler Umbau des Verkehrssystems ist notwendig.

Unsere Forderungen:

- Stopp bzw. Rücknahme aller Privatisierungsmaßnahmen von Bahn- und Verkehrsunternehmen
- Keine Streckenstilllegungen. Stattdessen Ausbau der Schienen- und Liniennetze
- Modernisierung und Ausbau des Schienennetzes, flächendeckendes Netz von Verladebahnhöfen. Einsatz moderner Züge und Logistik
- Erhöhung der Sicherheit und Pünktlichkeit durch Rücknahme des Personalabbaus
- Tempo 100 auf Autobahnen, Tempo 30 in Wohngebieten
- Flächendeckende Erschließung der Städte und Wohngebiete durch Straßenbahnen, ergänzt durch Busse und Sammeltaxis
- Schienenverkehr oberirdisch (der oberirdische Straßenbahnbau kostet etwa 10 Prozent des U-Bahn-Baus)
- Kürzere Taktzeiten bei Bus und Bahn
- Nulltarif im öffentlichen Personennahverkehr. Drastische Reduzierung der Fahrpreise im Fernverkehr
- Flächendeckendes Netz von Radwegen, kostenlose Fahrradmitnahme in allen Bussen, Bahnen und Zügen zu allen Tageszeiten. Bereitstellung von entsprechenden Transportkapazitäten

Ständig wird argumentiert, es würde so viel Auto gefahren, weil die Menschen es so wollen. Dagegen spricht, dass dort wo die Bahn von Preis und Schnelligkeit eine Alternative ist, sie auch genutzt wird. Aber machen wir doch die Probe auf's Exempel: Schaffen wir ein Verkehrssystem, in dem die Fahrt mit Bussen und Bahnen schneller und preiswerter ist als mit dem Auto. Und zwar egal, ob es um die Fahrt zum Einkaufen, zur Arbeit oder in die Ferien geht. Dann werden wir ja sehen, wie viele Autoliebhaber es gibt, die



Der Ausbau von Bus- und Bahnverkehr würde die Straßen ganz erheblich entlasten.

„gerne“ mit plärrenden Kindern auf den Rücksitzen hunderte von Kilometern mit dem Auto bis zum Ferienzeil fahren.

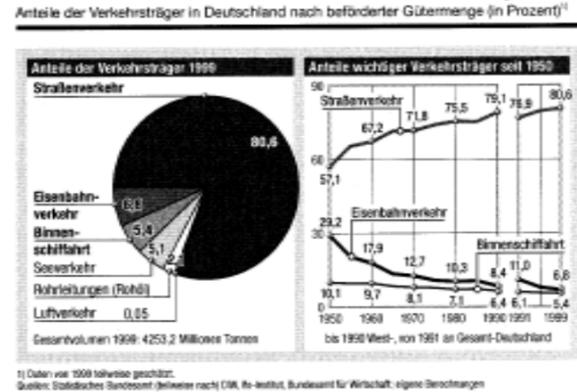
Kosten

Und wer soll das bezahlen? Es gibt nichts Teureres als das gegenwärtige Verkehrssystem.

Autos verkaufen, genauer: immer mehr Benzin und Diesel, immer mehr PKW und LKW. Wie passt das zu Sprit sparen und weniger Autoverkehr? Gar nicht.

Seit Jahrzehnten wird im Interesse der Öl- und Autokonzerne Politik für das Auto und

81 Prozent der Güter werden auf der Straße transportiert



Die Kosten für die Behandlung der Unfallopfer, der Arbeitskraftausfall, die reinen Blechschäden durch Unfälle, die Folgekosten der Gesundheitsschäden durch Lärm und Luftverpestung, die Schäden an Gebäuden durch die Auto- und LKW-Abgase, die Kosten für den Sprit und die Zeit die in den Staus vergeudet wird, die Kosten für die Ausbesserung der Straßen, diese Kosten liegen viel höher als die Kosten eines umwelt- und menschengerechten Verkehrssystems.

In der Geiselhaft der Ölmultis & Autokonzerne

Wenn das so ist, warum wird es dann nicht so gemacht? Weil es in Deutschland mächtige Auto- und Ölkonzerne gibt. Die beiden größten Konzerne in Deutschland sind gleichzeitig auch die größten Hersteller von PKW und LKW, DaimlerChrysler und VW. „Die Bundesrepublik hat mit DaimlerChrysler, MAN oder VW wichtige Nutzfahrzeughersteller, die ihren Einfluss auf die Regierungen in Bund und Ländern geltend zu machen wissen“ (SZ, 16.9.00). International zählen die Ölkonzerne und die Autokonzerne zu den größten und einflussreichsten Multis. Was ist das Ziel dieser Konzerne? Öl und

gegen Bus und Bahn betrieben. Der LKW-Verkehr wird kräftig subventioniert. Die Straßen für und Schäden durch LKW zahlt nämlich der Staat. In den letzten fünfzig Jahren sind tausende Autobahnkilometer und Straßen gebaut worden, aber mehrere tausend Kilometer Bahnstrecken wurden stillgelegt. Wer das Verkehrssystem ändern will, der muss die Macht dieser Konzerne brechen.

Unsere Forderungen:

- Überführung der Öl- und der Automobilkonzerne in Gemeineigentum und Umstellung auf sinnvolle Produktion, zum Beispiel Bau von Bussen und Bahnen
- Entschädigung der Kleinaktionäre/InhaberInnen von Belegschaftsaktien, ansonsten nur bei erwiesener Bedürftigkeit
- Garantie von Ersatzarbeitsplätzen für alle Beschäftigten, einschließlich der bei den Zulieferbetrieben
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung von Bahn, kommunalen Verkehrsunternehmen und den vergesellschafteten Konzernen durch die arbeitende Bevölkerung
- Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit und Facharbeiterlohn für alle Mitglieder der Verwaltungsgremien

Ihr da oben ...



Keine Moral

Gerne präsentieren sich gerade rechte Politiker als härteste Verteidiger von Moral und Anstand.

Wie es dabei um ihre eigene Moral bestellt ist zeigen zwei jüngere Beispiele aus Italien: In Genua wurde ausgerechnet der Präsident des Komitees gegen die Prostitution von der Polizei mit zwei Prostituierten erwischt. In Mailand ertapten die Ordnungshüter einen Politiker der rechtsextremen Alleanza Nazionale, der sich für besonders hohe Strafen gegen die Prostitution stark gemacht hatte. Quelle: Süddeutsche Zeitung, 13.9.00

Zwei Zitate

„Der Kapitalismus differenziert die Gesellschaft mehr und mehr.“

Zuallererst in den Vereinigten Staaten, wo in den vergangenen zwei Jahrzehnten Abermillionen neuer Jobs entstanden sind: Die Löhne des ärmeren Dreiviertels der Beschäftigten sind in dieser Zeit entweder gesunken oder allenfalls gleich geblieben. In jüngster Zeit steigen sie wieder, aber den atemberaubenden Zuwachs des Reichtums in Amerika stecken weitgehend die Wohlhabenden ein. Unterdessen arbeitet der Durchschnittsamerikaner heute länger als vor zehn Jahren.“

„Es folgt daher, dass im Maße wie Kapital akkumuliert [angehäuft wird], die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muss.“

Das erste Zitat stammt aus Die Zeit vom 24.2.00, das zweite aus Karl Marx, Das Kapital Bd. I, Kapitel „Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“.

Schwarzes Gold

Die Ölkonzerne jammern, sie würden trotz hoher Spritpreise an den Tankstellen kaum Gewinne, ja zeitweise sogar Verluste machen.

Im Gegensatz dazu steht eine Meldung des Handelsblattes vom 12.9.00. Danach erhalten im Vergleich aller Wirtschaftsbranchen in Deutschland die Führungsebenen in der Ölindustrie die höchsten Durchschnittsgehälter: 235.000 DM jährlich.

Vielleicht werden sie ja deswegen überdurchschnittlich bezahlt, weil sie ihre Kundschaft überdurchschnittlich belügen und begaunern.

Kapitalismus in Zahlen

Knapp die Hälfte der Weltbevölkerung, 2,8 Milliarden Menschen, leben in Armut. Diese Menschen müssen von weniger als zwei Dollar am Tag leben.

Quelle: Weltbankbericht, SZ 14.9.00



...wir hier unten



zen aus, per LKW durchs Land transportiert.

Öffentliche Verkehrsbetriebe werden ganz oder teilweise privatisiert. Die Folge: Buslinien werden eingestellt. Selbst die europäische Liberalisierung der

on auf „Just in Time“ umgestellt. „Dieses „Just in Time“ bringt Verkehr auf die Straße, der zuvor per Bahn abgewickelt wurde. Für die Kosten, die die Industrie bei diesem Vorgehen spart, kommt einstweilen die

Die Ökosteuer – der große Bluff

Von der Ökosteuer fließt kein Pfennig in Maßnahmen zum Energie sparen oder Umweltschutz.

Auch die Bahn und der ÖPNV müssen Ökosteuer zahlen. Laut Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) summiert sich die Netto-Belastung von Bussen und Bahnen durch die Ökosteuer bis zum Jahre 2003 auf rund 2,5 Milliarden Mark (VDV-Pressmitteilung 1.7.99).

Die Ökosteuer ist eine Umverteilungs-Steuer. Das produzierende Gewerbe zahlt nur 20 Prozent des Ökosteuersatzes. Die Unternehmer zahlen unterm Strich weniger an Ökosteuer als sie bei den Rentenkassen einsparen. Die breite Masse der Bevölkerung zahlt drauf. Darum lehnen wir diese Ökosteuer ab.

Fakten, Zahlen, Argumente:

- + 43 Millionen PKW fahren und stehen auf Deutschlands Straßen. 1960 waren es 4,8 Millionen.
- + Aufgrund der Liberalisierung im Strommarkt entfallen in diesem Jahr Quersubventionen der Stadtwerke für defizitäre Bereiche im ÖPNV in Höhe von 1,5 Milliarden Mark. (aktuell 2001)
- + Laut EU-Kommission würde sich bei einer Absenkung der Durchschnittsgeschwindigkeit auf allen Straßen um 5 km/h die Zahl der Verkehrstoten um 25 Prozent verringern. (aktuell 2001)
- + 1994 hatte die Bahn noch 350.000 Beschäftigte, 1999 waren es nur noch 240.000. (aktuell 2001)
- + Ein dicker Laster verschleißt soviel Asphalt wie mehr als 160.000 PKW. (SZ, 16.9.00)

Weg mit der Rentenreform

Nach der ersten tiefen Rezession Mitte der 70er Jahre wurde unter der SPD/FDP-Regierung 1977 die Kehrtwende in der Rentenpolitik eingeleitet. Seither gibt es ständige Verschlechterungen. Ohne diese Eingriffe bekämen die RentnerInnen heute ein Drittel mehr. Der noch unter Kohl verabschiedete Entwurf für ein weiteres Rentengesetz sah vor, die sogenannte Standardrente von 70 auf 64 Prozent bis zum Jahr 2030 abzusenken.

Ursel Beck, Köln

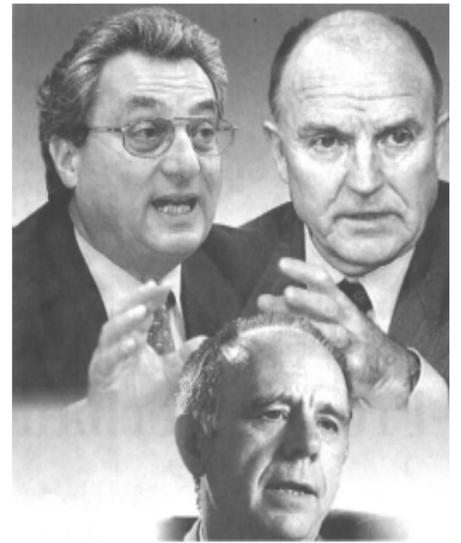
Vor der Bundestagswahl hat die SPD Blüms geplante Rentenabsenkung als „unanständig“ kritisiert. „Die SPD-geführte Bundesregierung wird die unsoziale Rentenpolitik unmittelbar nach der Bundestagswahl korrigieren“ (SPD-Wahlprogramm 98). Im krassen Gegensatz zur SPD-Wahlpropaganda

ist das geplante Rentengesetz schlimmer als alles, was Kohl und Blüm während ihrer ganzen Amtszeit geboten haben. Riesters Rentenplan bedeutet nicht nur eine weitere Kürzung. Es hebt die gesetzliche Rentenversicherung insgesamt aus. Es ist der härteste Anschlag - materiell und ideologisch - auf das Sozialsystem, den sich eine Regierung der Nachkriegszeit jemals erlaubt hat. Die Unternehmer werden aus der Rentenfinanzierung entlassen. Die Rente wird (teil)privatisiert. Abhängig Beschäftigte müssen höhere Beiträge bezahlen und bekommen am Ende trotzdem eine viel niedrigere Rente. Die gesetzliche Rente verkommt zur beitragsfinanzierten Sozialhilfe. Privat finanzierte Renten werden den Risiken der Finanzmärkte ausgesetzt. Die Regierung macht sich in Sachen Renten zum Außen dienstmitarbeiter von Versicherungskonzernen und Banken, denen sie per Gesetz milliardenschwere

Profitquellen erschließt.

Wenn die Schröder-Regierung mit ihrem Rentengesetz durchkommt, werden weitere Angriffe folgen: Absenkung der Sozialhilfe, Privatisierung von Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung.

Gegen den Widerstand der Gewerkschaften kann das neue Gesetz nicht verabschiedet werden. Das weiß auch die Regierung. Deshalb verhandelt sie mit den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsführung unterstützt skandalöserweise die Rentenreform. Sie will nur ein paar kleine Korrekturen. Damit werden erneut gewerkschaftliche Grundpositionen über Bord geworfen. Die Basis der Gewerkschaften und oppositionelle Strömungen im DGB müssen jetzt alles aufbieten, um von unten Widerstand gegen den Rentenkompromiss zu organisieren und die Allmacht der Gewerkschaftsvorstände ins Wanken zu bringen.



Obwohl sie verschiedene Töne anschlagen, blasen sie ins gleiche Horn bei der Demontage des gesetzlichen Rentensystems: Arbeitgeberpräsident Hundt, IG Metall-Chef Zwickel und Ex-Gewerkschafter und heutiger Arbeitsminister Riestler

Unser Programm

1. Für die Verteidigung aller erreichten Standards

- * Nein zum Einstieg in die private Altersvorsorge
- * Keine Geschenke an die Unternehmer
- * Keine Beitragserhöhungen für die abhängig Beschäftigten
- * Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus

2. Für eine Rentenreform im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung

- * Recht auf vollen Rentenanspruch ab 55 Jahren für alle und weiter verkürztes Renteneintrittsalter bei Berufsunfähigkeit
- * Für eine Rente in Höhe von mindestens 75 Prozent des Nettoeinkommens bzw. garantierte staatliche Mindestrente von 2.000 Mark für jede/n RentnerIn - in Ost und West
- * Überführung der Versicherungskonzerne und Banken in Gemeineigentum
- * Finanzierung der Defizite der Rentenkassen und zusätzlich benötigten Rentengelder über staatliche Zuschüsse. Der Staat muss das Geld bei denen holen, die durch Arbeitsplatzvernichtung und Nichtbeschäftigung die Löcher in den Sozialkassen verursachen.

3. Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- * Sofortige Einstellung der Verhandlungen der Gewerkschaftsführung über einen Rentenkompromiss
- * Sofortiger Ausstieg aus dem Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit. Riesters Rentenangriff ist die Konsequenz aus den dort gemachten Zugeständnissen zur Senkung der Lohnnebenkosten.
- * Voller Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft bis hin zu Streiks mit dem Ziel: Riesters Rentenangriff zu stoppen
- * Schluss mit der Werbung für private Rentenversicherungen durch den Mitglieder-Service der Gewerkschaften
- * Schluss mit einer Politik, die allen gewerkschaftlichen Grundsätzen und Beschlüssen von Gewerkschaftstagen widerspricht
- * Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre. Jederzeitige Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis
- * Kein Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Lohn der Gewerkschaftsmitglieder
- * Aufbau einer organisierten innergewerkschaftlichen Opposition und einer politischen und personellen Alternative zur heutigen Gewerkschaftsführung

Fakten und Argumente zur Rente

Bundestagsabgeordnete erhalten nach 18 Jahren im Parlament mit 55 eine Rente von 75 Prozent ihrer Diäten. Das sind derzeit 9.656 Mark. Pensionsansprüche aus anderen Tätigkeiten kommen obendrauf. Im Jahre 2010 sollen die Arbeitgeber nur noch 9,3 Prozent, die ArbeiterInnen aber 13,3 Prozent Rentenbeitrag bezahlen. Der Geschäftsführer des Verbandes der Rentenversicherungs-Träger, Erich Ruland, berechnete, dass die von Riestler gewollten 4 Prozent für die private Rentenversicherung den Banken und Konzerne durch zusätzliche Umsätze jährlich 80 Milliarden Mark bringen.

Raus aus dem Bündnis für Arbeit IG Medien beschließt Ausstieg

Der Widerstand gegen das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit wächst. Nachdem bereits in den letzten Monaten viele Gewerkschaftsgliederungen einen Ausstieg gefordert hatten, hat die IG Medien als erste DGB-Gewerkschaft den Ausstieg beschlossen. „Fast alle Delegierten stimmten für den sofortigen Ausstieg aus dem Bündnis. Bei der Gegenprobe zählte man lediglich eine Handvoll Stimmkarten, die meisten davon auf der Bühne des Geschäftsführenden Hauptvorstandes“ (LabourNet). Auf der hessischen Bezirkskonferenz der ÖTV Anfang Juli war ein Antrag zum Ausstieg aus dem Bündnis nur knapp gescheitert. Zum ÖTV-Gewerkschaftstag im November liegen ebenfalls Anträge vor, die einen Ausstieg fordern. Der Antrag aus Stuttgart fordert „stattdessen Schaffung

eines Bündnisses von Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen und anderen Initiativen für einen gemeinsamen Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung, Deregulierung, Riesters Rentenplan und Sozialabbau“. In der Begründung des Antrags heißt es: „Es besteht weiterhin der grundsätzliche Widerspruch zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit... Die unter weitestgehendem Ausschluss der Gewerkschaftsmitglieder durchgeführten Absprachen mit Arbeitgeber- und Regierungsvertretern führen im Ergebnis zur Unterwerfung der Arbeitnehmerinteressen unter die Interessen der Regierung und der Arbeitgeber und zu einer verdeckten Aushöhlung der Tarifautonomie. Und dies ohne die Legitimation durch die Gewerkschaftsmitglieder.“

Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag bei den Studentenwerken? Geheimverhandlungen des ÖTV-Hauptvorstandes aufgedeckt und vereitelt!

Seit Jahren versuchen die Bundesländer die Studentenwerke, insbesondere die lukrativen Essensversorgungsbetriebe für StudentInnen, zu privatisieren. Bislang hat der Widerstand der KollegInnen die Privatisierung verhindern können. Sie waren zwar schon verwundert über die mangelnde Unterstützung durch die ÖTV - die wenigsten hätten aber vermutet, daß die ÖTV-Führung sich eindeutig auf die Seite der Arbeitgeber schlagen würde.

Gaétan Kayitare, Aachen

Die Geschäftsführer der Studentenwerke haben mit Wissen der ÖTV-Führung einen Entwurf

für einen neuen Tarifvertrag mit unbeschreiblichen Verschlechterungen für die KollegInnen vorgelegt. Im Frühjahr bat Mani Engelhardt, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke NRW, den ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai schriftlich um Unterstützung. Daraufhin bestritt der Hauptvorstand jegliche Kenntnis in Sachen neue Tarifverträge. Das Gegenteil bewies ein Schreiben des DSW (Deutsches Studentenwerk) vom 29.6.00, das den Kollegen in die Hände fiel. Daraus geht klar hervor, dass die ÖTV-Führung seit 1997 mit den Studentenwerken hinter den Kulissen verhandelt. Zur Verhandlung standen unter anderem: Totale Flexibilisierung

der Arbeitszeit, Samstagsarbeit soll generell zulässig sein, Wegfall eines AZV-Tages, Wegfall des Urlaubsgeldes und des Krankengeldzuschusses, Senkung der Versorgungsrente.

Manni Engelhardt zum Verhalten der ÖTV-Führung: „In 26 Jahren Personalratstätigkeit ist mir soviel Mausehelei nie begegnet. Die ÖTV-Führung spielt mit gezinkten Karten. Ihr Verhalten in puncto Transparenz gegenüber den KollegInnen ist eine Schandtat. Jetzt müssen wir nicht nur gegen die Arbeitgeber, sondern auch gegen die eigene Führung kämpfen. Wer aber glaubt, uns hinter das Licht führen zu können, wird noch sein blaues Wunder erleben. Wir werden nicht nur öffentlich den Hauptvorstand an den Pranger stellen, sondern auch massiv Widerstand leisten.“

Engelhardt machte die Geschichte bei einer Pressekonferenz publik und kündigte harte Auseinandersetzungen auf dem Gewerkschaftstag Anfang November an: „Wenn die ÖTV-Führung ihr Vorgehen nicht stoppt, dann werden wir notfalls von Aachen nach Stuttgart in 7 Tagen zur ÖTV-Hauptverwaltung laufen und überall unterwegs Protestkundgebungen mit den Studentenwerkern orga-

nisieren. Teile der deutschen Mannschaft vom Marathonlauf durch die Sahara haben Unterstützung zugesagt.“

Die ÖTV-Hauptverwaltung trat nun die Flucht nach vorne an, gab die detaillierte Absprache mit den Deutschen Studentenwerken zu und behauptete nun aber, die Bezirke informierten zu haben. Sie warnte zugleich vor dem Protestlauf, weil er sich angeblich negativ auf tarifliche Nachverhandlungen in verschiedenen Bundesländern auswirken könnte. Als dieser Versuch, den Bezirken den schwarzen Peter zu schieben und die Beschäftigten entlang der Bundesländer zu spalten nicht zog, kam prompt ein Anruf von Herbert Mai und eine Einladung an Mani nach Berlin. Das Gespräch, an dem neben Mai und Engelhardt u.a. der Aachener ÖTV-Geschäftsführer und der erste stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte NRW (ARGE) teilnahmen, endete mit folgender öffentlicher Erklärung:

1. Die ÖTV erkennt überhaupt keinen Handlungsbedarf in Sachen DSW-Vorschläge für einen neuen Tarifvertrag (tarifliche Verschlechterung) für die Studentenwerke in Deutschland! Es wird keinen Ausstieg



von links nach rechts: Benz, ÖTV-Geschäftsführer Aachen; Ott, ÖTV-Tarifsekretariat; Mai, ÖTV-Vorsitzender; Engelhardt, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte Nordrhein-Westfalen (ARGE); von Renteln, Erster stellvertretender Vorsitzender der ARGE

aus dem Flächentarifvertrag geben. Das Thema ist für die ÖTV auf allen Ebenen erledigt.

2. Herbert Mai sicherte zu, für die Zukunft eine bessere Informationspolitik an die ARGE/NW und an alle übrigen ARGEN der Studentenwerkpersonalräte betreiben zu wollen!

3. Noch in diesem Jahr wird ein Bundesseminar für alle Studentenwerkpersonalräte in Deutschland durch die ÖTV veranstaltet, allerdings nicht zu den jetzt obsoleten Tarifwünschen des DSW und der Ge-

schäftsführer.

Das ist ein voller Sieg der Kollegen über die ÖTV-Bürokratie und bester Ausgangspunkt im Kampf gegen die Arbeitgeber! Sicher hat das Nachgeben von Herbert Mai auch mit dem Wahlkongress im November zu tun. Kollege Mani hierzu: „Mai ist wie ich Marathonläufer, ich habe aber den längeren Atem. Über die Einhaltung der durch den Kollegen Mai gegebenen Zusage werden wir akribisch wachen.“

Gewerkschaftliche Opposition

SAV-UnterstützerInnen beteiligen sich aktiv am Aufbau des Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV und an der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken.

Im Herbst finden zwei bundesweite Treffen statt: Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken trifft sich am 27./28. 10. in Frankfurt/Main. Infos über Heinz-Günter Lang, Tel. 06257-1468

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV veranstaltet am 25. 11. in Köln sein nächstes bundesweites Treffen. Infos über: Steffi Nitschke, Tel. 0561-899764, email: netzwerk_kdoetv@gmx.de



Futurama

Kapitalismus im Jahr 3000?

„Die Simpsons sind Fiktion, Futurama ist Realität“ (Matt Groening). „Ich sagte denen, das sind die ‚Simpsons der Zukunft‘ – da tanzten die Dollarzeichen vor ihren Augen“ (Groening über seine Verhandlungen mit dem US-Sender Fox).

Sebastian Deichmann, Hamburg

Anfang September ist Futurama im deutschen Fernsehen angelaufen (Montags, 21.45 Uhr, Pro 7). Viele Simpsons-Fans haben dieser Serie bereits entgegen gefiebert, denn sie stammt aus der gleichen Feder wie die Simpsons, aus der Matt Groening.

Fry, einer der Hauptcharaktere, stolpert Silvester 2000 in eine Gefriermaschine, um im Jahr 3000 in einer noch immer kapitalistischen Gesellschaft zu erwachen. Zusammen mit Leela, einer Zyklopin, und Bender, einem Roboter, sucht er seinen

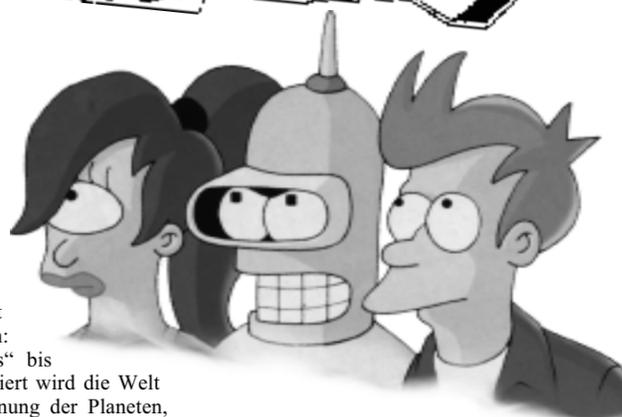
Urururur...großneffen, welcher einen Weltraumlifterservice betreibt und Erfinder ist. Die drei heuern bei ihm an und liefern von nun an Pakete in die entlegensten Winkel der entlegensten Galaxien.

Der äußere Rahmen bietet also viel mehr Spielraum als bei den Simpsons, und daher entwickeln sich teilweise noch absurdere Geschichten. Dennoch könnte die Serie kaum eine offenere Parodie auf den Wahnsinn der heutigen (US-amerikanischen) Gesellschaft sein. Statt „Mr. Burns“ spielt „Mum“, die Besitzerin von „Mum’s friendly Robot Corporation“, die Rolle des personifizierten Großkapitals. Dadurch, dass Fry aus unserer Zeit kommt, können immer wieder Vergleiche gezogen werden, die deutlich machen, wie seltsam einige unserer „Sitten“ sind („Wir hatten keine Werbung in Träumen, ... nur im Fernsehen, im Radio, auf T-Shirts, im Kino, in U-Bahnen, auf Litfasssäulen, an Autos, in Zeitungen...“).

Im Jahr 3000 stehen die Menschen nicht mehr im Stau. Sie fliegen im Stau. 40.000 TV-Kanäle, überall Selbstmord-Automaten, die aussehen wie Telefonzellen und in denen man für 25 Cent die Todesart frei wählen kann: von „schnell und schmerzlos“ bis

„langsam und furchtbar“. Regiert wird die Welt von der Demokratischen Ordnung der Planeten, abgekürzt „Dope“. Probleme unserer Gesellschaft werden in die Zukunft gesponnen, ins Unendliche übertrieben und so dem Zuschauer viel deutlicher unter die Nase gerieben.

Wer selbst Probleme mit der heutigen Gesellschaft hat, wird deutlich mehr zu lachen haben, denn die Serie ist eben auch sehr kritisch und Teile des Humors sind sehr politisch.



Die Ähnlichkeiten zwischen Futurama und Simpsons sind kaum zu übersehen und wer Simpsons mag, wird wahrscheinlich auch Futurama mögen. Das einzige, was den Spaß an der Sache nehmen kann, ist die eher halbherzige Übersetzung ins Deutsche.

www.futuramaplace.de

Rassismus in Griechenland – Interview mit einem Flüchtling



Julio Nguime, kamerunischer Flüchtling in Griechenland, saß 5 Monate in einem griechischen Gefängnis. Er und bisher 28 weitere Inhaftierte wurden durch eine Kampagne von der griechischen Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) und Xekinima, der griechischen Schwesterorganisation der SAV, befreit. Wie viele der Betroffenen ist er seitdem aktives Mitglied beider Organisationen. Das Gespräch führte Sascha Stanicic.

Warum bist du nach Griechenland gekommen und was waren deine ersten Erfahrungen?

Ich war Mitglied der sozialdemokratischen Opposition in meinem Heimatland Kamerun und wurde auf Grund meiner politi-

schen Tätigkeit von staatlicher Seite verfolgt. Als man mir zu verstehen gab, dass mein Leben in Gefahr war, war Griechenland das einzige Land, für das ich ein Visa bekommen konnte. Das war 1997. Ich blieb über das Ablauf des Visas im Land. Glückli-

cherweise gab es in diesem Zeitraum eine allgemeine Amnestie für „papierlose“ ImmigrantInnen und uns wurde die Möglichkeit angeboten, einen Antrag auf Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu stellen. Ich erhielt eine einjährige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis.

Du bist dann verhaftet worden. Wie kam es dazu?

Nachdem ich sechs, sieben Monate lang keinen Job finden konnte, musste ich mit illegalem Straßenhandel von Compact Discs anfangen. Im Juli 1999 wurde ich wegen unerlaubten Straßenhandels verhaftet und zu einer halben Million Drachmen Strafe bzw. einer fünfmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Dagegen legte ich Berufung ein und hätte laut Gerichtsbeschluss bis zum Berufungsprozess auf freien Fuß gesetzt werden sollen. Mein Fall wurde dann aber an die Einwanderungsbehörden übergeben, die

über eigene Gefängnisse verfügen und mich weiter festhielten. Im Oktober 1999 kontaktierte ich dann die Athener Gruppe von Jugend gegen Rassismus in Europa, die schon anderen afrikanischen Gefangenen geholfen hatte. Mit deren Hilfe und der Hilfe eines ehemaligen Häftlings konnte ich Kontakt zu meiner Familie aufnehmen, die mittlerweile nach Nigeria geflüchtet war und konnte Dokumente bekommen, auf deren Grundlage ich Asyl beantragte. Mein Asylantrag wurde zweimal abgelehnt. Nur durch den Druck einer europaweiten Solidaritätskampagne von JRE wurde die griechische Regierung letztlich dazu gezwungen, mir politisches Asyl zu gewähren.

Wie ist die Situation für Flüchtlinge und ImmigrantInnen in Griechenland?

Unsere Lage ist sehr schlecht. Es ist sehr schwer, die „Green Card“, also eine Arbeits- und

Aufenthaltserlaubnis, zu bekommen. Die Polizei handelt willkürlich und rassistisch. Ich habe von Fällen gehört, wo Polizisten ImmigrantInnen auf der Straße kontrollieren, ihre Papiere zerreißen und dann verhaften. Ein Freund wurde mit dem Vorwurf des Drogenhandels verhaftet und neun Monate ohne Gerichtsverhandlung inhaftiert. Bei der Gerichtsverhandlung wurde er freigesprochen. Doch anstatt ihn freizulassen, nahm ihm die Polizei seine Papiere weg und steckte ihn in das Gefängnis der Einwanderungsbehörde und versuchte ihn abzuschleiben.

Die Gefängnisse sind voll von ImmigrantInnen und die Bedingungen sind fürchterlich. Die Zellen sind überfüllt, die Lüftung ist schlecht, es gibt oftmals nur zwei Mal am Tag etwas zu Essen und es mangelt an heißem Wasser. Die Zellen sind entweder zu dunkel oder zu hell. Oft müssen 50 Häftlinge sich eine

Toilette teilen, Hautkrankheiten grassieren. Ein Telefon kommt auf 100 Insassen.

Gibt es Widerstand in den Gefängnissen?

Erst kürzlich gab es einen Hungerstreik in einem Athener Gefängnis. Wir von JRE haben davon gehört und eine Solidaritätskampagne organisiert und dadurch einiges rausbekommen. So wurden die Hungerstreikenden sofort in unterschiedliche Zellen bzw. Gefängnisse verlegt und wiederholt brutal zusammengeschlagen. Durch unsere Kampagne konnten wir aber auch einige frei bekommen und erreichen, dass sie politisches Asyl erhalten haben. Die Kampagnen von JRE und Xekinima haben unser Schicksal im Land bekannt gemacht. Mittlerweile haben wir auch Unterstützung von GewerkschafterInnen und einigen Parlamentsabgeordneten bekommen.



Melbourne, Australien

Weltwirtschaftsforum blockiert

Vom 11. bis 13. September gingen in Melbourne tausende von ArbeiterInnen und noch mehr Jugendliche 72 Stunden lang gegen den Kapitalismus auf die Straße. Sie blockierten ein Treffen des Weltwirtschaftsforums (World Economic Forum, WEF) im Crown Towers Hotel neben Australiens größtem Kasino, wo sich 1000 der reichsten Firmenvorstände der Welt trafen.

Stephen Jolly, Sekretär der Socialist Party in Australien

Vor Beginn des Weltwirtschaftsforums wurden die Gesetze verschärft: Danach gehen Polizisten, die DemonstrantInnen tödlich verletzen, straffrei aus.

Die S11-Allianz koordinierte die Proteste neben der kleineren, Richtung Anarchismus neigenden S11-Awol-Gruppe. Die S11-Allianz bestand aus Umweltgruppen wie ‚Friends of the Earth‘, sozialistischen Parteien einschließlich der Socialist Party, der australischen Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI), und fortschrittlichen Einzelpersonen. S11 traf sich mehrere Monate im Voraus und an den wöchentlichen Treffen nahmen bis zu 150 Leute teil.

Die Socialist Party arbeitete innerhalb der Allianz und rief in ihrem eigenen Namen zu einem Schülerstreik am ersten Tag auf. Wir besuchten fast 60 Schulen, um für den Streik zu mobilisieren. Die SchülerInnen waren mit Besuchern der Polizei konfrontiert, die sie vor linken Terroristen in S11 warnten! Die Medien machten eine bösartige Kampagne gegen S11, einschließlich Angriffe auf die Socialist Party.

Australiens auflagenstärkste Zeitung sagte über das CWI: „Diese internationale Verbindung extremistischer Gruppen ist eine wahre Bedrohung der Globalisierung.“

Am Sonntag, den 10. September, errichteten AktivistInnen von S11 und CFMEU (Baugewerkschaft) eine Zeltstadt rund um eine Gerüst-Bühne und ein Erste-Hilfe-Zelt. Wochen vorher kündigte Trades Hall (das Koordinierungsgremium der Gewerkschaften im Bundesstaat Victoria) an, dass sie eine Gewerkschaftsdemonstration für den zweiten Tag der Proteste (12. September) organisieren, aber nur nördlich des Flusses Yarra marschieren würden, der Melbourne in zwei Teile trennt, und dann anhalten würden. Sie würden die Jugend allein südlich des Flusses außerhalb von Crown Towers demonstrieren lassen. Innerhalb von S11 hatte nur die SP eine Basis innerhalb der CFMEU und unsere Mitglieder

drängten die Gewerkschaft, zu streiken und nach Süden zu marschieren. Als Zwischenstufe drängten wir die Gewerkschaft erfolgreich, ein Zelt und Ausrüstung zu stellen und Mitglieder zu ermutigen, an den drei Tagen Erste Hilfe zu machen. Dies erwies sich später als sehr wichtig.

Die CFMEU und die andere wichtige kämpferische Gewerkschaft Australian Manufacturing Workers Union entschlossen sich, auszuscheren und nach Süden zu marschieren. Trades Hall wusste, dass 80 Prozent der TeilnehmerInnen auf ihren Kundgebungen aus diesen zwei Gewerkschaften kommen, so waren sie gezwungen, die Haltung zu ändern und ebenfalls nach Süden zu marschieren. Nur das prinzipienfeste Handeln von AMWU, CFMEU und kämpferischen GewerkschaftsaktivistInnen verhinderte den Bruch zwischen radikalen Jugendlichen und der Gewerkschaftsbewegung. Die Trades-Hall-Führung aber lehnte die Blockade von Crown Towers öffentlich ab. Dies verschaffte der rechten Labor-Landesregie-

rung und der Polizei von Victoria den Spielraum, um später entschlossen gegen die Protestierenden vorzugehen.

Am ersten Tag, den 11. September, trotzten 10.000 überwiegend junge Menschen sintflutartigem Regen, um Crown Towers zu blockieren. Die etwa zehn einzelnen Eingänge wurden alle blockiert (ähnlich wie bei Streikpostenketten), wobei OrdnerInnen mit Funkgeräten die Proteste koordinierten. Bis zu 50 Prozent der Delegierten konnten nicht teilnehmen und die Konferenzorganisatoren drohten, das Treffen abzusagen, wenn die Dinge am Dienstag nicht besser würden. Der Schülerstreik war brillant. 500 SchülerInnen jogten um neun Uhr morgens in Reih’ und Glied herbei, um sich den Blockaden anzuschließen, die zwei Stunden früher begonnen hatten.

Am zweiten Tag ging die Polizei unter massivem politischem Druck mit Schlagstöcken und Pferden gegen die friedlichen Blockaden vor. In der Nacht, nachdem die GewerkschafterInnen gegangen waren, fand ein weiterer Angriff mit Schlagstöcken statt. 400 Leute wurden verwundet. Einmal standen sieben Krankenwagen vor dem Erste-Hilfe-Zelt Schlange. Ein Protestierer hörte auf zu atmen und wurde nur durch Wiederbelebung gerettet. Aber Labor-Ministerpräsident Steve Bracks gratulierte der Polizei, gab ihnen einen Tag frei und versprach ihnen Orden! Die Leserbriefspalten der Zei-



Die Protestbewegung brachte das Weltwirtschaftsforum zwischen dem 11. und dem 13. September ins Wanken.

tungen waren an den nächsten paar Tagen voll mit Labor-Party-Mitgliedern, die ihren Parteiaustritt mitteilten.

Am Dienstag legten 10.000 GewerkschafterInnen die Arbeit nieder und marschierten in vier verschiedenen Demonstrationen zügen zur Blockade. Es war die größte offen antikapitalistische Kundgebung von ArbeiterInnen in der australischen Geschichte. Am letzten Tag, dem 13. September, marschierten Tausende von S11-UnterstützerInnen in einem Siegesmarsch durch die Stadt.

Die Socialist Party gewann

zwischen dem 11. und 13. September 14 neue Mitglieder, darüber hinaus traten über 100 SchülerInnen unserer neuen Jugendgruppe bei. Wir machten über 2.000 australische Dollar für den Spendenfonds. Wir verkauften ein Extrablatt und eine neue Broschüre über Globalisierung. Unsere GenossInnen spielten eine Schlüsselrolle als OrdnerInnen, bei Erster Hilfe und Medienarbeit und zeigten, dass der Aufbau der Partei und der Aufbau der Bewegung einander nicht entgegenstehen, sondern eng verbunden sind.

Zehn Jahre Wiedervereinigung =

Von wegen blühende Landschaften...



„Jetzt stehen Betriebsschließungen, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, die fast uneingeschränkte Herrschaft des Kapitals und niedriger Lebensstandard für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung ins Haus.“ Das schrieben wir vor zehn Jahren in der VORAN, September 1990, kurz vor der kapitalistischen Wiedervereinigung. Leider wurde diese Perspektive vollauf bestätigt.

René Henze, Berlin

Der Autor lebte 1989 in Ost-Berlin. Er war Mitbegründer der ersten Gruppe von Mitgliedern des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI/CWI) in der DDR

Während die DDR 1989 noch einen Platz unter den führenden Industrieländern inne hatte, liegt heute die Wirtschaftsleistung aller fünf Länder Ostdeutschlands gerade mal auf dem Niveau des Bundeslandes Schleswig-Holsteins. Der DGB hat errechnet, dass seit der Wiedereinführung der Marktwirtschaft drei Viertel aller Industriearbeitsplätze verschwunden sind. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schreibt in seiner wirtschaftspolitischen Bilanz der Wiedervereinigung (Juni 2000): „Letztes Jahr waren fast eine Million Personen in verschiedenen Maßnahmen untergebracht, die anderenfalls das Heer der registrierten Arbeitslosen vermehrt hätten. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin fast 2,5 Millionen Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt fehlen.“ Ende 1989 waren in der DDR 10 bis 11 Millionen Menschen erwerbstätig – heute sind es laut DIW sechs Millionen, „solche in subventionierter Beschäftigung eingeschlossen.“

Ausverkauf = Schnäppchen

Mit der Einführung der Marktwirtschaft wurde die von den Stalinisten

heruntergewirtschaftete DDR-Wirtschaft den westlichen Konzernen und

Seit der Einführung des Kapitalismus fielen drei Viertel aller Industriearbeitsplätze weg

Banken zum Fraß vorgeworfen. Ein riesiges Ausschulachten begann. Die ehemaligen DDR-Kombinate wurden zerlegt und privatisiert. Über 8000 Betriebe wurden plattgemacht oder für „n Appel und 'n Ei“ verhöckert. Die Treuhandanstalt, die diesen grandiosen Ausverkauf organisierte, beendete ihre Arbeit mit 230 Milliarden Mark Schulden. Und das lag nicht an der besonderen Schuldenmachkunst der Frau Breuel (jüngstes Beispiel: EXPO), die damals Treuhandchefin war, sondern daran, dass den westdeutschen Unternehmern die Ost-Firmen „schmackhaft“ gemacht wurden.

Ein Beispiel ist der Verkauf der ehemals weltgrößten Hochseeflotte, der Rostocker Deutschen SeeReederei. Die beiden Käufer, die Hamburger Kaufleute, Herr Rahe und Herr Schüss, verkauften erst ihre eigene kleine Reederei

für 20 Millionen Mark an die Treuhand. Danach erworben sie von der Treuhand ihre eigene Reederei und die DSR für zusammen 10 Millionen. Derartige Beispiele kann jede und jeder Ostdeutsche aus jedem noch so kleinen Städtchen erzählen. Die westdeutschen Banken und Konzerne verdienten sich daran eine goldene Nase. Aber nicht nur daran: dadurch, dass die ostdeutschen Betriebe systematisch plattgemacht wurden, vergrößerten sich die Marktanteile von VW, Tschibo, Daimler und Co. Die riesigen staatlichen Transfers für Arbeitslosengeld, Rente und andere staatliche Zahlungen an die Arbeiter und Arbeitslosen im Osten, wanderten schnell wieder in die westdeutschen Konzern- und Bankkassen. Für die westdeutschen Kapitalisten bedeutete der Ausverkauf Ostdeutschlands eine gigantische Profitquelle.

Kapitalismus unfähig

1990 erhofften sich 86 Prozent der Ostdeutschen eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse an das Westniveau. Inzwischen glaubt niemand mehr daran.

Die Marktwirtschaft, der Kapitalismus, ist heute in keinem Teil der Welt mehr in der Lage, Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Nicht nur in den Ländern der „Dritten Welt“ in Afrika oder Asien ist das kapitalistische System unfähig, die Produktivkräfte weiter zu entwickeln, sondern auch in Osteuropa und ebenso in dem kleinen Gebiet wo einmal die DDR war. Die großen Banken und Konzerne haben so gewaltige Überkapazitäten angehäuft, dass zusätzliche Produktionsstätten im Osten für sie nur überflüssige Investitionen wären. Die Konzern- und Bankchefs sind keine lieben Onkels aus dem Westen, die den „armen Verwandten“ im Osten mal schnell was schenken. Wenn sie investieren, dann muss entsprechend Profit dabei rauskommen. Da nun aber die grundlegende Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft schon seit Mitte der 70er Jahre – trotz einzelner Aufschwünge – nicht mehr nach oben weist, wird auch Ostdeutschland weiterhin eine industrielle Ruine bleiben. Das ist der simple Hintergrund für die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit im Osten. Ganze Landstriche stürzen ab. Es gibt in Mecklenburg oder Sachsen-Anhalt Orte, wo fast nur noch der Pfarrer und der Bürgermeister regulär bezahlt werden.

Neben dieser größten Deindustrialisierung zu Friedenszeiten gibt es einige wenige Inseln, wo mit riesigen staatlichen Subventionen hochproduktive Werke, wie Opel Eisenach, AMD Dresden oder die hochmodernen Werften im Norden, hochgezogen wurden.



„Na wer sagt denn, dass es in den neuen Bundesländern nicht aufwärts geht: Vor einem Monat saß er noch ganz apathisch am Boden!“

Dort liegt die Produktivität sogar über dem Westdurchschnitt. Doch auch hier liegen die Löhne unter dem Westdurchschnitt. Die Einführung der Marktwirtschaft hat aus dem Osten Deutschlands einen dauerhaften Niedriglohnssektor gemacht. Nur 44 Prozent aller KollegInnen haben überhaupt einen Flächentarifvertrag (im Westen: 65 Prozent) und das durchschnittliche Lohnniveau liegt bei 75 Prozent des Westlohns (DIW 6/2000). Und selbst die wenigen KollegInnen, die „100 Prozent Westlohn“ erhalten, müssen länger arbeiten und haben weniger Jahresurlaub.

Gegenwehr

Schon kurz nach der „Wende“ stieg die Verbitterung und Wut gegenüber den neuen Machthabern. Schnell entpuppten sich die neuen Verhältnisse als unsozial und die neuen Politiker, und ihre Parteien, als genauso arrogant und machtwortversessen, wie die SED vor 89. Trotzdem kam es im Osten bislang noch nicht zum großen Aufstand der Massen. Wohl gab es eine Reihe verzweifelter Kämpfe. So zum Beispiel fast ein Jahr dauernden Kampf um den Erhalt des Kali-Werkes im thüringischen Bischofferode, oder den ersten Streik nach 60 Jahren (!) in der ostdeutschen Metallindustrie, gegen Tarifbruch, beides 1993, oder der große Kampf der Jugend für den Erhalt des Jugendradios DT 64 ebenfalls Anfang der 90er Jahre. In diesen Auseinandersetzungen und im täglichen (Über-)Leben im Osten merken die Leute, dass die Politik nur für die Banken und Konzerne gemacht wird.

Die Ossi sind nicht doof. Sie wissen, dass sie 1990 von Kohl und den Wirtschaftsbossen über den Tisch gezogen wurden. Doch Wut allein genügt nicht. Was fehlt, sind kämpferische Organisationen der KollegInnen, Arbeitslosen und der Jugend, die die Verbitterung aufgreifen und auf die Straße bringen. Dort, wo das geschah, entwickelte sich auch sehr schnell und kämpferisch die Gegenwehr und das nicht nur von den Betroffenen selbst. Als im mecklenburgischen Boizenburg Ende der 90er Jahre der letzte große Betrieb geschlossen werden sollte, die Elbwerft, ergriff der Betriebsrat die Initiative und organisierte Widerstand. Die KollegInnen besetzten den Betrieb und große Teile der Bevölkerung solidarisierten sich. Die Landesregierung machte schnell Zugeständnisse, denn einen Flächenbrand von Protesten wollte sie nicht haben.

Gewerkschaften und PDS

Doch leider sind solche Gegenwehraktionen die Ausnahme. Denn nur allzu oft machen die ArbeiterInnenvertretungen, die Gewerkschaftsspitzen und Betriebsräte, und auch die SchülerInnen und die Studi-Vertretungen das ganze Spiel von Politik und Wirtschaft mit. Und auch die PDS-Politiker, die sich die Interessenvertretung der „sozial Schwachen“ auf die Fahne geschrieben haben und ihre Politik sogar „sozialistisch“ nennen, organisieren keine Gegenwehr. Im Gegenteil: für sie ist es wichtiger sich mit der Politik und Wirtschaft gut zu stellen, als konsequent die Interessen der KollegInnen, der Arbeitslosen oder der Jugend zu vertreten. Sozialismus ist für sie kein Ziel, das man im Kampf selbst um die kleinste Verbesserung im Auge haben muss, sondern nur eine Utopie. Die Kombination aus sozialer Misere und dem Fehlen einer starken

Laut Allensbach lehnten 1997 zwei Drittel der Ostdeutschen die Marktwirtschaft ab

und kämpferischen linken Alternative hat entscheidend zum Aufschwung der Nazis beigetragen.

Das DIW geht in seinem Bericht „10 Jahre deutsche Einheit“ davon aus, dass der „Aufholprozess“ im Osten noch 30 Jahre dauern wird. Solange werden die ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht warten können. Inzwischen läuft die Entwicklung sogar andersherum. Auch wenn im Augenblick die Gegenwehr im Osten kaum sichtbar ist – zu schwer wiegt noch die Blockadepolitik der Gewerkschaftsführung und die Untätigkeit der PDS – so nimmt die Unzufriedenheit doch zu. Das wird unvermeidlich zu neuen großen Kämpfen führen. Die Frage, was ist die Alternative zu dieser Gesellschaft, wird neu gestellt werden.

In der Neujahrsumfrage kam das Allensbach-Institut Ende 1997 zum Schluss, dass zwei Drittel der Ostdeutschen die Marktwirtschaft ablehnen und für einen dritten Weg zwischen den Systemen von DDR und BRD eintreten. Die SAV kämpft dafür, nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern eine Organisation aufzubauen, die eine – sozialistische – Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus aufweist. ■



1993 kämpften die Kalikumpel von Bischofferode mit Hungerstreiks und Besetzung des Betriebes monatelang gegen das Plattmachen ihres Werkes durch Treuhand, BASF, Bundesregierung und Landesregierung...

Was sich für Frauen änderte

Zehn Jahre nach der kapitalistischen Restauration haben sich die Chancen für Frauen massiv verschlechtert.

Zwar hat es in der DDR bei weitem keine wirkliche Gleichberechtigung von Frauen gegeben, aber es war für die allermeisten Frauen zumindest selbstverständlich einen Arbeitsplatz zu haben. Über 90 Prozent von ihnen arbeiteten oder machten gerade eine Ausbildung. Obwohl auch in der DDR Frauen im Durchschnitt etwa 30 Prozent weniger verdienten als die Männer, garantierte ihnen der Arbeitsplatz ökonomische Unabhängigkeit. Für viele bedeutete Arbeit auch Selbstbestätigung und Lebenssinn. Kaum eine Frau wollte nur „Hausfrau“ oder nach der Geburt eines Kindes länger als den zugestandenen Zeitraum von der Arbeit freigestellt sein. Durch ein Kindertagesstätten-Netz, das den Bedarf zu 95 Prozent decken konnte, (zum Vergleich:

62 Prozent Bedarfsdeckung in der alten BRD), mehrwöchige Freistellung für die Betreuung erkrankter Kinder im Jahr und anderen Sozialleistungen, waren für Frauen Berufstätigkeit und Kinder miteinander vereinbar.

Heute sind über 60 Prozent, in manchen Städten sogar über 70 Prozent, aller Arbeitslosen Frauen. Während in der DDR junge Frauen zu etwa 10 Prozent der Ausbildungsberufe keinen Zugang hatten, werden heute etwa 40 Prozent aller Ausbildungsplätze nur jungen Männern angeboten.

Kinder zu bekommen bedeutet heute für viele Frauen einen sozialen Abstieg. Beispielsweise leben in Brandenburg 50 Prozent aller alleinerziehenden Frauen unterhalb der Armutsgrenze. Die Geburtenrate hat sich seit 1991 halbiert.

Die „Demokratie“ a la BRD hat aber auch zur Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen

geführt. Während in der DDR jede Frau per Gesetz das Recht hatte, innerhalb der ersten 12 Wochen eine Schwangerschaft abzubrechen, sind Frauen jetzt nur unter bestimmten Voraussetzungen, (Zwangsberatung!), von einer Strafbarkeit bei Abbruch ausgenommen. Ein Indiz für weitere Beschränkungen von Frauen ist das Absinken der Scheidungsrate. Nicht, weil das Eheleben heute viel glücklicher ist, sondern vor allem, weil es Frauen auf Grund ökonomischer Abhängigkeiten viel schwerer gemacht wird, sich aus einer kaputten Ehe zu lösen.

Obwohl es auch in der DDR oft so war, dass ein großer Teil der Hausarbeit von Frauen erledigt wurde, hat sich das nach 1990 noch verstärkt. Frauen werden wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau festgelegt. Beispielsweise waren sie 1988 für das Essenkochen in 57 Prozent aller Haushalte zuständig, 1991 aber schon in 73 Prozent der Haushalte.

= Zehn Jahre „Abschwung Ost“

Wie kam es zur Einführung der Marktwirtschaft?



Am 3. Oktober 1990 wurde durch den Anschluss der DDR an die BRD die Marktwirtschaft in der ehemaligen DDR eingeführt. Damit endete die revolutionäre Massenbewegung in der Restauration des Kapitalismus, die Massenbewegung, die im Herbst 1989 stattfand und die das SED-Regime stürzte. Wie konnte es dazu kommen?

Antje Zander, Berlin

Als Teilnehmerin der Ereignisse und heutige Berliner SAV-Vorsitzende berichtet sie, wie vor 10 Jahren die Revolution in die Konterrevolution umgeleitet wurde.

Als im Herbst 1989 die Menschen zu Millionen auf den Straßen demonstrierten, wollten sie alles andere als die Einführung des Kapitalismus. Im Gegenteil. Die ersten der späteren legendären Montagsdemos im September standen unter der Hauptparole „Wir bleiben hier“. Sie waren eine Antwort auf die massive Ausreisewelle von zehntausenden Menschen über die ungarische Grenze als offensichtlichen Ausdruck einer tiefen Krise im Land. Die Parole „Wir bleiben hier“ drückte den Willen aus, jetzt in der DDR für Veränderungen zu kämpfen. Mit der anderen zentralen Hauptparole „Wir sind das Volk“ wurde der DDR-Führung die Legitimation, im Namen des Volkes zu handeln, abgesprochen.

Der Charakter der Proteste war eindeutig in Richtung eines demokratischen Sozialismus. Die Hauptforderungen waren für demokratischen Wahlen, Presse- und Reisefreiheit, gegen Privilegien und für demokratische Rechte. Es wurden Parolen gerufen wie „Alle Macht dem Volk“ und „für einen demokratischen, humanen Sozialismus“. Klar war, die Leute lehnten das alte Regime ab, aber nicht den Sozialismus. Auch alle Oppositionsgruppen, die sich im Herbst gründeten, sprachen sich, bis auf die SPD, für einen demokratischen Sozialismus als das Ziel aus. Dies drückte nicht in erster Linie Opportunismus gegenüber der SED aus, sondern entsprach der Stimmung in der DDR-Bevölkerung.

„Volkseigentum plus Demokratie“

Im November breitete sich die Revolution endgültig auf das ganze Land aus. In fast allen Städten fanden Demonstrationen statt. Doch es gab nicht nur die Demos. Täglich liefen irgendwelche Zusammenkünfte und Treffen, redeten sich die Leute darüber die Köpfe heiß, wie es nun weiter gehen sollte. Überall, in den Betrieben, an den Schulen, in der Armee und in den Universitäten diskutierten die Leute über die Situation im Land und einen Weg, wie sich die Gesellschaft in der DDR weiter entwickeln kann. Klar war, so wie bisher kann es nicht weiter gehen. Die SED-Regierung musste einen Rückzieher nach dem anderen machen.

Ein Höhepunkt war der 4. November, als fast eine Million Menschen auf dem Alex in Berlin protestierten. Die Kundgebung wurde unter tosendem Beifall mit den Worten eröffnet: „Dies ist eine sozialistische Manifestation“. Viele RednerInnen sprachen sich für einen demokratischen Sozialismus aus. Christa Wolf rief: „Stellt Euch vor, es ist Sozialismus und keiner rennt weg“. DemonstrantInnen hielten selbstgemalte Transparente mit Slogans wie „Alle Macht den Räten“, „Weg mit allen Privilegien“, „Freie Wahlen jetzt“ hoch. Der Schriftsteller Volker Braun schrieb in diesen Tagen „Volkseigentum plus Demokratie, das ist noch nicht probiert, noch nirgends auf der Welt. Das wird man meinen, wenn man sagt: Made in GDR“.

Ein Merkmal der Revolution im Herbst 1989 war, dass sie eine spontane Massenbewegung von unten war, ohne irgend ein organisierendes Zentrum oder Führung. Es existierte keine revolutionäre Partei, nicht einmal im Kleinform, die das Programm der politischen Revolution in der Bewegung

hätte verbreiten können. Es gab keine allgemeine Vorstellung, wie ein demokratischer Sozialismus erreicht werden kann. Dem Mangel an politischer Klarheit entsprach ein Mangel an entsprechender Organisiertheit.

Dies führte im November 1989 zu einem Vakuum. Die SED befand sich auf dem Rückzug, die Macht lag buchstäblich auf der Straße. So ein Vakuum kann nicht ewig andauern.

Alternative vorgeschlagen

Was wäre nötig gewesen? In der VORAN argumentierten wir damals dafür, dass die Opposition eine klare Strategie in Richtung sozialistische Demokratie entwickeln müsse. Wir setzten uns für einen entschlossenen Kampf zur vollkommenen Entmachtung der alten Elite ein und dafür, die stalinistischen Machtstrukturen ein für allemal zu beseitigen. Wir schlugen die Bildung von demokratisch gewählten Komitees in Form von Räten vor, für jeden Betrieb, an Unis, Schulen und in jedem Stadtteil. Auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Diese Räte hätten durch umfassende Diskussion und demokratische Entscheidung die demokratische Leitung und Organisation der Wirtschaft übernehmen können. Das wäre die Alternative zur Wiedereinführung des Kapitalismus gewesen. Die DDR ist nämlich nicht an zu wenig Markt sondern an zu wenig Demokratie kaputtgegangen. Eine sozialistische Demokratie in Ostdeutschland hätte die Verbindung zu den revolutionären Bewegungen in den anderen Ländern Osteuropas gesucht und gefunden und auch dort der Entwicklung einen anderen Verlauf gegeben. Und ein sozialistisches Osteuropa, in dem das Volk tatsächlich über die Geschicke in Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch entscheidet, hätte große Anziehungskraft für die Arbeiterschaft im kapitalistischen Westen gehabt.

Wir waren die einzigen, die solch ein Programm vorschlugen. Unter den gegebenen Umständen waren unsere Kräfte zu klein, um die Bewegung entscheidend zu beeinflussen.

Die Menschen wussten zwar, was sie nicht wollten, aber sie wussten nicht, was an die Stelle des alten treten sollte. In der Revolution 1989 führte das dazu, dass Ende des Jahres Illusionen in Marktwirtschaft und auch in eine Wiedervereinigung aufkamen. Hinzu kam, dass zu diesem Zeitpunkt das ganze Ausmaß der wirtschaftlichen Krise deutlich wurde. Viele DDR-Bürger waren aber auch nach dem Fall der Mauer zum ersten Mal im Westen gewesen und „geschockt“ über die bunt und reich gefüllten Schaufenster im Westen. Das war schon ein großer Unterschied zu der Versorgungssituation im Osten, wo es zwar das Notwendige gab, aber Besorgen und Einkäufen mit viel Rennerei und Schlange stehen verbunden war. Angesichts dieser Misere wuchsen unter Teilen der Bevölkerung Zweifel, dass die Planwirtschaft zu reformieren sei und sie suchten nach einem anderen Ausweg. Doch auch die Position der Herrschenden in der BRD veränderte sich. Hatte Kohl sich im August 1989 noch geäußert, dass „niemand Interesse an einer krisenhaften Entwicklung in der DDR“ habe, änderte die Bourgeoisie im Spätherbst ihre Meinung. Als deutlich wurde, dass die SED ihre Macht verloren hatte, wuchs ihre Angst vor einer unkontrollierten Bewegung. Aber auch davor, dass, je

länger das Machtvakuum dauern würde, Millionen ihren persönlichen Ausweg durch die Auswanderung in den Westen suchen würden. Sie begannen Illusionen in die kapitalistische Wiedervereinigung zu schüren. In seinem am 28.11. veröffentlichten „10 Punkte-Programm“ pries Kohl den Kapitalismus als ökonomische und soziale Ordnung, „die jeder Person einen gerechten Anteil an den Früchten seiner Arbeit garantiert“.

Politik der Opposition

Doch auch fast alle Oppositionsgruppen schwenkten Ende 1989 in Richtung Marktwirtschaft und Wiedervereinigung um. Das „Neue Forum“, die stärkste und einflussreichste Gruppe, unterstützte auf ihrer Konferenz im Januar die Wiedervereinigung und die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente.

Auch die nun zur SED-PDS umbenannte ehemalige SED machte eine Kehrtwende und verabschiedete im Januar eine Erklärung, in der sie die Wiedervereinigung über den Weg einer „Konföderation, hin zu einem sozialen, demokratischen und antifaschistischen Deutschland“ vorschlug. Von Sozialismus kein Wort. Allerdings war die damalige DDR-Regierung unter Modrow schon längst auf den Kurs Marktwirtschaft und Wiedervereinigung eingeschwenkt. Die damalige DDR-Wirtschaftsministerin und heutige PDS-Bundestagsabgeordnete, Christa Luft, sprach am 13.12.89 auf einem Funktionärstreffen von der Notwendigkeit einer Entwicklung zu einer gut funktionierenden Marktwirtschaft.

Und noch bevor überhaupt die ersten freien Wahlen stattgefunden hatten, beschloss die Modrow-Regierung am 1. März 1990 die Schaffung einer Treuhandanstalt. Deren Aufgabe war die Umwandlung der volkseigenen Betriebe in „marktwirtschaftliche Unternehmensstrukturen“, das heißt in Kapitalgesellschaften. So war noch vor den Volkskammerwahlen am 18. März der Weg in Richtung Kapitalismus gebent.

Doch dieser Stimmungsumschwung in der Bevölkerung Richtung Wiedervereinigung war nicht einheitlich oder gradlinig. Während ab Dezember der Ruf nach Wiedervereinigung vor allem auf den Demos im Süden stärker wurde, sprachen sich noch im November 86 Prozent für



Honecker und Gorbatschow - gestern noch Symbole des allmächtigen stalinistischen Machtapparates - doch als die Massen erstmal in Bewegung kamen, war es mit ihrer Allmacht schnell vorbei.

sozialistische Reformen aus, und selbst im Februar wollten immer noch 56 Prozent den Sozialismus erneuern und nur 31 Prozent zurück zum Kapitalismus. Vor allem im Bezug auf den Begriff „Markt“ gab es große Verwirrung. Soziale Marktwirtschaft bedeutete für die meisten erstmal eine „effiziente“ Wirtschaft; das Wort „Markt“ hieß, dass man alles kaufen konnte.

18. März: Volkskammerwahl

Die Volkskammerwahlen am 18. März endeten mit einem Sieg der CDU geführten „Allianz für Deutschland“. Dieser Wahlausgang spiegelte wider, dass große Teile der Bevölkerung die Hoffnung auf einen eigenständigen Weg zur Verbesserung der Lage verloren hatten. Fast alle Parteien, die zur Wahl antraten, vertraten das Programm zur Einführung einer „sozialen Marktwirtschaft“ einschließlich der PDS und des „Neuen Forums“. Da war es irgendwie logisch, dass, wenn schon keine „Alternative“ zum Markt geboten wurde, diejenige Variante genommen wurde, die die traditionelle Partei der Marktwirtschaft war und die schnellste Anhebung der Lebensverhältnisse versprach. Das war die CDU mit ihrem Versprechen einer schnellen Wiedervereinigung. Kohl redete von einem neuen „Wirt-

schaftswunder“ im Osten und gab das Versprechen einer Währungsunion mit einem Umtauschkurs von eins zu eins.

Durch den Ausgang der Wahlen waren die Weichen endgültig Richtung Restauration des Kapitalismus gestellt. Doch es gab noch weitere Proteste. Als die Bundesregierung ihr Wahlversprechen von einer Währungsumstellung zum Kurs eins zu eins nicht umsetzen wollte, kam es zu wütenden Protesten. Allein am 5. April beteiligten sich 100.000 an einer Kundgebung in Berlin. Nach der Währungsumstellung kam es zu Streiks für höhere Löhne, gegen Entlassungen und für eine kürzere Arbeitszeit. Das zeigte, das in vielen ArbeiterInnen noch das Selbstbewusstsein aus der Revolution im Herbst steckte, als sie durch Demos die SED in die Knie zwingen konnten.

Die Ereignisse in der DDR 1989 und in den Jahren danach enthalten wichtige Lehren: Selbst ein scheinbar übermächtiges Regime kann durch eine Massenbewegung gestürzt werden. Der Kapitalismus aber kann die Hoffnungen der Menschen auf ein Leben in Wohlstand nicht erfüllen. Der Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit muss deshalb verbunden werden mit dem Kampf für eine sozialistische Demokratie.

Das Buch zu den Ereignissen vom Herbst 89

Die gescheiterte Revolution

Politiker und Medien wollen den Menschen in Deutschland weis machen, im Herbst 89 seien in der damaligen DDR die Massen für die Einheit Deutschlands und die Einführung des Kapitalismus auf die Straße gegangen.

Der Autor, Robert Bechert, wirft einen anderen Blick auf die Ereignisse vom revolutionären Herbst 89, die Honecker stürzten und die Mauer zu Fall brachten. Er weist nach, dass die Massenbewegung im Oktober und November eine politische Revolution von unten war. Es wird belegt, dass es den Menschen in der DDR zunächst nicht um Einheit und Marktwirtschaft ging, sondern um die Schaffung eines demokratischen Sozialismus. Und Robert Bechert erklärt, wie und warum diese Revolution in Richtung kapitalistische Konterrevolution und Wiedervereinigung abgelenkt wurde. Aber das Buch bleibt dabei nicht stehen: es zeigt auf, dass es eine Alternative zum Gang der Ereignisse hätte geben können.

Der Autor ist Mitglied im Vorstand des „Komitees für eine Arbeiterinternationale“ (KAI/CWI). Er war selber vom Herbst 89 bis Frühjahr 90 in Berlin, nahm aktiv an den Protesten teil und half bei der Gründung der ersten Gruppe von CWI-Mitgliedern in der DDR. Im Anhang werden Materialien aus dieser Zeit dokumentiert und weitere Aktivisten der Revolution kommen zu Wort.

Dieses Buch ist nicht „unparteiisch“, es ist ein sozialistisches Buch – für alle ein Muss, die die Ereignisse von damals verstehen wollen.

Das Buch ist zum Preis von 20 Mark plus Versandkosten bei der Redaktion VORAN erhältlich.



Britannien Wachsende Wut auf Blair



Mr. Blair's allmorgendliche Audienz bei der Geschäftswelt

Der Wahlerfolg von New Labour '97 hatte vor allem die Wut über die neoliberale Unternehmerpolitik der Tories – noch brutaler als die der Kohlregierung – ausgedrückt, und war mit der Hoffnung verbunden, unter Blairs New Labour werde es ein Ende der Umverteilungspolitik von unten nach oben geben. Heute, drei Jahre später, ist die Arbeiterklasse gezwungen, gegen genau diese Regierung zu kämpfen, um Sozialabbau zu verhindern.

Tinette Schnatterer, Stuttgart

Schon im Wahlkampf hatte Schröders Vorbild Blair sich mit Versprechungen zurückzuhalten, aber selbst die wenigen, die er gemacht hat, tritt er jetzt mit Füßen. Aus dem Versprechen, die Bildungssituation zu verbessern, wurden Studiengebühren. Hatte New Labour getönt, die Kinderarmut, die als Folge von Arbeitslosigkeit und Niedriglöhnen unter der Tory-Regierung massiv stieg, zu beseitigen, verschärfte die Regierung jetzt die Richtlinien, nach denen bedürftige Familien Möbel- und Kleiderzuschüsse beantragen können. Im letzten Jahr wurden 302.000 Anträge abgelehnt, dreimal so viele wie im Jahr davor.

Die Situation im Gesundheitswesen ist unerträglich. Die Beschäftigten eines Londoner Krankenhauses protestierten, weil seit April '99 eine Lohnerhöhung aussteht. Ein Teil von ihnen verdient weniger als vier Pfund (ungefähr 13 Mark) die Stunde. Vor allem in Hinblick auf die Parlamentswahlen 2001 war Blair jetzt gezwungen, Geld für das Gesundheitssystem zu versprechen. Der Betrag reicht allerdings nicht im Entferntesten, um die Mängel zu beheben, und ein Teil wird durch die fortlaufende Privatisierung in den Geldbeutel privater Manager verschwinden.

Forderung nach Verstaatlichung

Niederlagen in Arbeitskämpfen in den achtziger Jahren, Anti-Streik-Gesetze und vor allem die konservativen Gewerkschaftsführungen haben in den letzten Jahren zu einem drastischen Rückgang von Streiks geführt. Aber unter der Oberfläche brodelt es. Das wurde vor einem Jahr deutlich, als nach dem Eisenbahnunfall von Paddington 73 Prozent die Wiederverstaatlichung

der Bahn forderten. Als BMW Rover dichtmachen wollte, demonstrierten 100.000 in Birmingham dagegen. Auch dort fand die Forderung nach Verstaatlichung großen Anklang.

Ein Teil der Jugendlichen stellt das kapitalistische System grundlegend in Frage. Das wurde auf den Demonstrationen Carnival Against Capitalism letztes Jahr und Reclaim The Streets am 1. Mai in London sichtbar.

Am deutlichsten wurden die Wut und Unzufriedenheit mit dem Neoliberalismus von New Labour aber bei den Stadtratswahlen im Mai und den Bürgermeisterwahlen in London. New Labour verlor 600 Sitze bei den Stadtratswahlen im ganzen Land und ihr offizieller Bürgermeisterkandidat wurde nur Dritter.

Ken Livingstone

Aber auch die Tories konnten nicht viel von der Labour-Niederlage profitieren. Zu gut ist der jahrelange Sozialabbau unter Thatcher und Major noch in Erinnerung. Wichtig ist aber vor allem der Zuspruch für linke, unabhängige KandidatInnen. In London gewann der unabhängige Kandidat Ken Livingstone die Bürgermeisterwahl. In den achtziger Jahren war er Vorsitzender der Labour-Fraktion im Londoner Gemeinderat gewesen. Nachdem New Labour sich geweigert hatte ihn als Kandidaten aufzustellen, war er gegen sie angetreten. Livingstone hat aufgrund seiner Politik für niedrige Fahrpreise und Konflikte mit der konservativen Regierung in den Achtzigern einen guten Ruf bei vielen ArbeiterInnen. Dass er als unabhängiger Kandidat auftrat, brachte ihm viel Sympathie von ArbeiterInnen ein, die kein Vertrauen in die etablierten Parteien mehr haben. Livingstone nutzte allerdings diese Chance nicht, eine Initiative zum Aufbau einer neuen Arbeiterpartei zu ergreifen. Er machte kaum konkrete Versprechen, abgesehen davon, dass er gegen die U-Bahn-Privatisierung eintrat. Er bündelte sich im Wahlkampf Unternehmern an und forderte Mittel für London zu Lasten anderer Regionen. Deshalb erreichte er trotz seines Wahlsiegs weniger Stimmen als mit einem radikaleren Programm möglich gewesen wäre. Dieser Opportunismus hat sich seitdem noch verstärkt. So beantragte er zum Beispiel Wiederaufnahme in New Labour

und holte Tory-Abgeordnete in die Stadregierung. Zu keinem Zeitpunkt hatte er auch von einer Mobilisierung seiner WählerInnen gesprochen, die dringend nötig wäre, um nennenswerte Verbesserungen im Stadtrat durchzusetzen.

Opposition links von Labour

Ein Teil der unzufriedenen WählerInnen hatte sich deshalb auch im Wahlkampf schon anderen unabhängigen Bündnissen zugewandt wie zum Beispiel der Kampagne gegen U-Bahn-Privatisierung (CATP), die von der Bahngewerkschaft ausging. Parallel dazu kandidierte auch die Londoner Sozialistische Allianz (LSA), ein Bündnis verschiedener sozialistischer Organisationen, das schon seit ein paar Jahren existiert. Die Sozialistische Partei (SP), die Schwesterpartei der SAV in England und Wales, hatte sich für eine gemeinsame Kandidatur aller linken Kräfte in London eingesetzt. Als dieser Vorstoß scheiterte, schlug die SP der LSA vor, nur in den Bezirken KandidatInnen für die Gemeinderatswahl aufzustellen und die Stadtliste der CATP (die keine BezirkskandidatInnen aufgestellt hatte) zu wählen, um eine Spaltung der linken Stimmen zu verhindern. Leider wurde dies abgelehnt. Daraufhin unterstützte die SP die LSA als das Bündnis mit dem weitestgehenden Programm. Die LSA erreichte in den Bezir-

ken 46.530 Stimmen (3,15 Prozent), auf der Stadtliste 27.073 Stimmen, die CATP bekam 1,12 Prozent. Diese Ergebnisse zeigen, dass es eine Schicht gibt, die bereits eine Alternative zu den etablierten Parteien sucht.

Die SP konnte in mehreren Wahlkreisen zweistellige Ergebnisse erzielen (Sefton Netherton/Orrrell 30 Prozent, Carlisle Botcheby 24,5 Prozent, Newcastle Byker 16,6 Prozent). In Coventry wurde ein dritter SP-Gemeinderat gewählt!

In Schottland konnte die vor drei Jahren gegründete Scottish Socialist Party (SSP), in der die schottische Organisation vom Komitee für eine Arbeiterinternationale arbeitet, mit Tommy Sheridan einen Sitz im schottischen Parlament erobern, bis zu 5 Prozent bei Umfragen erzielen und unter anderem eine erfolgreiche Kampagne gegen Zwangspfändungen bei Zahlungsunfähigkeit führen.

Wichtige Entwicklungen haben auch in den Gewerkschaften stattgefunden (siehe Interview). Die SP startet jetzt eine Kampagne, in der in allen Gewerkschaften eine Resolution eingebracht werden soll, nach der die Gewerkschaften immer den Kandidaten unterstützen, der am besten die Interessen der ArbeiterInnen vertritt. Außerdem setzt sich die SP für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei ein. ■



Die Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren brachten Blair stark in Bedrängnis.

„Der Gewerkschaftsspitze Dampf machen“



Interview mit Roger Bannister, Aktivist der CFDU (Kampagne für eine kämpferische und demokratische UNISON, oppositionelle Gewerkschaftsströmung) und Mitglied der Socialist Party. Das Gespräch führte Daniel Behruzi.

Wie sieht deine Arbeit in der Gewerkschaft UNISON (größte Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes von Britannien) aus? Welche Erfolge hattest ihr mit der CFDU?

Die CFDU hat vor einem halben Jahr eine große Kampagne innerhalb der UNISON-Gewerkschaft auf die Beine gestellt – die Kampagne für die Wahl eines oppositionellen Kandidaten zum neuen UNISON-Generalsekretär. Ich trat seitens der CFDU für den Posten des Generalsekretärs an. Ich erhielt 71.000 Stimmen – knapp ein Drittel der abgegebenen Stimmen. Während

diese Kampagne haben wir sehr viel politisches Material verteilt, sind im Fernsehen aufgetreten und hielten Interviews im Radio etc.

Die weiter geltende finanzielle und politische Unterstützung für die Labour Party seitens von UNISON wird immer mehr in Frage gestellt. Das ist ein wichtiger Faktor, weil innerhalb einiger anderer Gewerkschaften dieses Thema ebenfalls zur Zeit diskutiert wird. Es wird überlegt, die Bindung zu New Labour eventuell aufzulösen. So hat eine Konferenz der FBU (Gewerkschaft der Feuerwehr) entschieden, ihr Verhältnis zu New Labour zu überprüfen. Auch die Communication Workers Union hat beschlossen, ihre Unterstützung aufzukündigen, für den Fall, dass New Labour die Post privatisiert.

Wie hat sich die Gewerkschaftsführung gegenüber den Angriffen der Labour-Regierung verhalten?

Um ehrlich zu sein, die Gewerkschaftsbürokraten, die heutige Führung der Gewerkschaften, sind überhaupt nicht bereit, Widerstand zu organisieren. Ihr Ziel ist es, die Gewerkschaftsbasis ruhig zu halten. Tony Blair möchte nicht, dass die Gewerkschaften sein New Labour-Experiment, wie er es nennt, gefährden. Zwischen der Passivität der Gewerkschaftsführung und der Enttäuschung und Wut der Basis tut sich ein immer größerer Graben auf. Es ist höchste Zeit, der Gewerkschaftsspitze Dampf zu machen.

Welche Rolle spielt die CFDU?

CFDU entstand ein Jahr nach der Gründung von UNISON, einem Zusammenschluss verschiedener Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes; das heißt, vor ungefähr sieben Jahren. Ursprünglich setzte sich CFDU aus Gewerkschaftsuntergliederungen zusammen, die eine Kampagne für eine kämpferische und demokratische UNISON führten. Die Untergliederungen schickten Delegierte zu unseren Versammlungen und Treffen. Aber bald wurden wir Zielscheibe einer Hexenjagd der Gewerkschaftsbürokraten, und es war nicht länger möglich, formale Bindungen zwischen der CFDU und den Basiseinheiten der Gewerkschaft aufrecht zu erhalten. Es kam zu gezielten Angriffen auf einzelne Mitglieder.

Jeder, der der CFDU angehört, leistet einen regelmäßigen finanziellen Beitrag, und hat das Recht, an Veranstaltungen, oder an regionalen und nationalen Konferenzen teilzunehmen. Auf unserer Konferenz wählen wir ein Nationales Komitee der CFDU, um die Arbeit zwischen den jährlichen Konferenzen zu koordinieren und zu leiten.

Wie reagiert die Gewerkschaftsführung auf die Erfolge der CFDU?

Ihr Hass auf uns hat sich maßlos gesteigert, nachdem die CFDU fast in der Lage war, einen Ausverkauf der Mitglieder während einer Abstimmung über Lohnverhandlungen im kommunalen Bereich zu verhindern. Danach eröffne-

ten die Bürokraten eine Hexenjagd auf CFDU-KollegInnen, den Gewerkschaftsmitgliedern wurde verboten, die CFDU zu unterstützen, sie fingen an, disziplinarische Maßnahmen gegen einzelne Personen einzuleiten, bestimmten Mitgliedern wurde es verboten, Ämter inne zu haben, usw. Sie haben jedes denkbare Mittel eingesetzt, um die CFDU klein zu kriegen; aber in Wirklichkeit gewinnen wir von Tag zu Tag an Einfluss.

Zur Zeit führen wir Gespräche mit anderen linken Gruppierungen über die Möglichkeit, die Aktivitäten von linken Gewerkschaftern zu koordinieren. Während der Wahlkampagne zum Generalsekretärsposten haben wir uns einen Namen gemacht als die Hauptopposition innerhalb der Gewerkschaft. Vor kurzem haben die Wahlen zum National Executive Committee (dem nationalen Vorstand) von UNISON stattgefunden. In der Nord-West-Region, die ich im UNISON-Vorstand bisher vertreten hatte, gab es einen Versuch, mich von meinem Platz zu entfernen, quasi als Strafe für meine Kandidatur zum Posten des Generalsekretärs. Dennoch habe ich meinen Sitz im NEC behalten, das gleiche gilt für ein anderes Mitglied der Socialist Party. Jean Thorpe wurde gewählt, ein NEC-Mitglied wurde abgewählt, so dass wir jetzt 3 Socialist Party-Mitglieder im NEC der UNISON haben.

Insgesamt ist die allgemeine Unterstützung für die CFDU sowie für die Socialist Party in der Gewerkschaft gestiegen in den letzten Monaten. ■

Proteste gegen Benzinpreiswucher

Auszüge aus der Erklärung von Peter Taaffe, Generalsekretär der Socialist Party, Schwesterpartei der SAV in England und Wales.

Die dramatischen Ereignisse rund um die Treibstoffblockaden/Streikposten und die daraus folgende Benzinkrise sind ein entscheidender Wendepunkt für die Blair-Regierung und haben die politische Lage in Britannien verändert.

Tatsächlich gab es ein sehr starkes 'plebejisches' Element, Kleinunternehmer in Verbindung mit von Ölgesellschaften angestellten LKW-FahrerInnen mit einem starken gewerkschaftlichen Bewusstsein. Diese Bewegung war die größte und wichtigste seit den Protesten der Bergarbeiter 1992. Unterstützung in den Umfragen stand ständig zwischen 60 und 70 Prozent, solange der Konflikt andauerte. Der Konflikt war zweifellos ein Katalysator für Opposition nicht nur gegen die Treibstoffpreise, sondern für all den Ärger, der sich im Verlauf der letzten drei Jahre unter der Blair-Regierung angesammelt hatte.

Blair kalkulierte in einem Stadium zweifellos, dass er wie Thatcher im Bergarbeiterstreik handeln und den 'harten Bullen' spielen könnte, was ihm in England der Mitte im Vorfeld der Wahlen hoch angerechnet würde. Bei seiner Berechnung hatte er aber nicht berücksichtigt, dass es gerade Teile der Mittelschicht waren, die die Vorhut dieser Bewegung bildeten, die wiederum die stillschweigende Unterstützung der Masse der Bevölkerung einschließlich der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse hervorrief. Dies ist nicht die Lage von 1984-85, als Thatcher erfolgreich die Bergarbeiter besiegte. Es ähnelt mehr 1981, als Thatcher einen Rückzug und Zugeständnisse an die Bergarbeiter machen musste.

Die wichtigste Schlussfolgerung, die wir ziehen können, ist, dass die Lage so instabil, so explosiv ist, dass verschiedenartige Ereignisse eine Erhebung auslösen können, die zunächst einen 'spontanen' Charakter annimmt, aber schnell die Möglichkeiten für Organisation, ein Programm, Ideologie etc. schaffen.

Augenzeugenbericht

(aus 'The Socialist', vom 15.9.00)

„Am Öldepot mit Raffinerie 'Purfleet and Coryton' in Essex gehörten selbständige LKW-FahrerInnen, Scheinselbständige auf Provisionsbasis, ein Spediteur und Angehörige der örtlichen Bevölkerung, die sich ihre Autos nicht mehr leisten können, zu den Protestierenden. Bei einem Depot mussten LKWs den Zugang blockieren, damit keine Tanklastzüge herauskamen. Sie vereinbarten aber, dass für Krankenhäuser oder Notdienste bestimmte Transporte durchgelassen würden. An anderen waren Blockaden unnötig. Die Fahrer der Tanklastzüge fuhren sowieso nicht.“

Die Meinungen darüber, wie der Kampf weitergehen könnte, waren gemischt. Niemand war in der Gewerkschaft – viele sahen keinen Grund, einzutreten. Die meisten hatten zuvor nie Aktionen gemacht. Manche Protestierenden hielten es für besser, wenn die Proteste völlig spontan blieben: 'Wenn wir uns organisieren, kriegen wir Führer und wenn die nicht sehr gut sind, sind wir ohne sie besser dran.' Andere sahen die Notwendigkeit der Koordination, um wirksamere Aktionen hinzukriegen und versuchten, Kontakte mit Protesten im ganzen Land herzustellen.“

Serie: „Kritiker des Neoliberalismus“

Teil 1: Pierre Bourdieu



„Was heute auf dem Spiel steht, ist die Wiedereroberung der Demokratie gegen die Technokratie. Es muss Schluss sein mit der Sachverständigen Tyrannei vom Typ Weltbank, die ohne Widerrede die Entscheidungen des neuen Leviathan, genannt 'Finanzmarkt', aufzwingen, und die statt zu verhandeln, zu 'erklären' gedenken.“

Stephan Kimmerle, Stuttgart

Mit diesen Sätzen trat Pierre Bourdieu, französischer Soziologe und Sozialphilosoph, im Dezember 1995 vor die streikenden Eisenbahner im „Gare de Lyon“. Sein Einsatz für die protestierenden und rebellierenden Jugendlichen in Frankreich in den Jahren zuvor und sein Einsatz gegen Neoliberalismus und das „Tietmeyer-Denken“ führten dazu, dass es heute kaum einen linken Intellektuellen gibt, der europaweit so viel Aufmerksamkeit erregt wie Bourdieu.

1996 gründete er die Gruppe „raison d'agir“, die sich zum Ziel gesetzt hat, eine Art Netzwerk sozialer Bewegungen in Europa ins Leben zu rufen. Ohne Illusionen in die sozialdemokratischen Regierungen Europas - sie betrieben die Politik der Rechten, nur mit mehr Erfolg - fordert er eine neue „Linke der Linken“.

Bourdieu's Ideen

Vor allem seit Beginn der 90er Jahre wehrt sich Bourdieu gegen die Macht der ideologischen Offensive der Unternehmer. Er legt offen, wie Wissenschaft sich in den Dienst dieser Offensive stellt: Die Macht der Finanzmärkte wird als gottgegebene Grundlage akzeptiert, politische Entscheidungen von Politikern als Folgen davon, als wissenschaftliche Zwangsläufigkeiten und Notwendigkeiten durch „Experten“ er- und verklärt. Als vor allem jugendliche MigrantenInnen in Frankreich gegen die herrschenden Verhältnisse in den Vororten rebellieren oder in der Streikwelle 1995 meldet er sich zu Wort. Dabei versucht er, die Betroffenen selbst zu Wort kommen zu lassen. In seinem Buch „Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen des alltäglichen Leidens an der Gesellschaft“ (1993) kommen in verschiedenen Interviews Menschen aus den untersten Schichten der französischen Gesellschaft zu Wort. Andere aktuelle Werke (zum Beispiel „Gegenfeuer. Argumente im Dienst des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion“ (1998)) machen deutlich, welche Rolle er sich selbst und den Intellektuellen heute zu weist: Es geht ihm darum, soziale Bewegungen gegen die einheitliche und mit dem Anspruch auf Alleinherrschaft versehene herrschende Ideologie mit Ideen zu bewaffnen und eine Bresche in dieses Bollwerk zu schlagen.

Dabei lehnt Bourdieu „Ideologien“, speziell auch marxistische Analysen, ab. Bourdieu beschreibt die gesellschaftliche Wirklichkeit als Feld, das sich aus der Verteilung von ökonomischem Kapital (Eigentumsrechte, Geld), „kulturellem Kapital“ (Bildung, Wissen, Macht aufgrund von Bildung und Wissen) und „sozialem Kapital“

(Prestige, Ansehen) ergibt. In diesem Feld erkennt der Wissenschaftler Bourdieu Menschen mit ähnlichen Bedingungen (einer Nähe in diesem Feld), die er für politisch am ehesten gemeinsam mobilisierbar hält. Dem Marxismus wirft Bourdieu vor, diese wissenschaftlich untersuchbare soziale Nähe in objektiv vorhandene soziale Klassen umzudeuten.

Klassenfrage

SozialistInnen gehen davon aus, dass die heutige Gesellschaft davon geprägt ist, dass eine Minderheit von Kapitalisten über die Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, usw.) verfügt und eine Mehrheit der Gesellschaft davon lebt, Lohn bzw. Gehalt aus dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft zu erhalten. Um dies für diejenigen aufrechtzuerhalten, die von diesen Verhältnissen profitieren, ist eine ganze Kette von politischen Maßnahmen notwendig. Die Unterteilung in eine Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse ergibt sich also aus der ökonomischen Funktion der Menschen in der Gesellschaft. Daraus entstehen - trotz aller Unterschiede, die dies zeitweilig überlagern können - gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen.

Bourdieu kratzt mit seiner Analyse an der Oberfläche der sozialen Erscheinungen dieser Machtverhältnisse - und legt dabei einiges frei, zum Beispiel wie sich Spaltungen innerhalb

Bourdieu kratzt an der Oberfläche der Erscheinungen – der Blick auf die Machtverhältnisse geht aber unter

einer Klasse erhalten, Unterschiede kultiviert werden usw. Der Blick auf die gesellschaftlichen Klassen- und Machtverhältnisse geht aber in einem Wust von Schichten unter.

So ist es kein Zufall, dass er bei seinen Forderungen beim Wunsch nach einem europäischen Sozialstaat, ähnlich dem Modell des Wohlfahrtsstaats, hängen bleibt ohne seine kapitalistische Basis in Frage zu stellen: Er nimmt den Staat nicht als Interessenvertreter der herrschenden Klasse wahr, die einen Staat benötigt um das Funktionieren der Gesellschaft inklusive der Herrschaft einer Minderheit über eine Mehrheit zu sichern. Nachdem er keine Klassen im marxistischen Sinn mehr kennt, ist auch der Staat für ihn an sich neutral.

Eine grundlegend antikapitalistische Perspektive ist damit unsichtbar. Dass Sozialismus nicht nur ein netter Wunsch sondern reale Möglichkeit ist, verdankt er den heutigen wirtschaftlichen Möglichkeiten (der Möglichkeit weltweit genug für alle zu produzieren) und der Macht der Arbeiterklasse: Sie produziert heute schon den Wohlstand, der die Gesellschaft trägt. Sie ist - in ihren Schwergewichten - in Betrieben zusammen, kollektiv organisiert. Daraus ergibt sich ihre wirtschaftliche und politische Macht, sich solidarisch, gemeinsam zu wehren und die Gesellschaft von Grund auf umzuorganisieren. Die Arbeiterklasse als politische Grundlage kennt Bourdieu nicht, auch wenn er immer wieder zum Beispiel die Gewerkschaften als Bündnispartner sucht.

„Raison d'agir“

Um Bourdieu bildet sich 1996



Frankreich 1995: Nicht nur die Studierenden setzten die Regierung massiv unter Druck...

die Gruppe „raison d'agir“ („Gründe zu Handeln“), die am 1. Mai dieses Jahres mit der Charta 2000 auftritt, um „neue Generalstände der sozialen Bewegungen“ Europas einzuberufen (die Forderung nach Einberufung der Generalstände war der Beginn der Französischen Revolution 1789). Da die neoliberale Offensive international auftritt, geht es der Charta 2000 darum eine internationale Zusammenarbeit von „Gewerkschaften, der Bewegung der Arbeitslosen, Obdachlosen oder Staatenlosen, Frauengruppen, Homosexuellen, Umweltvereinigungen und vielen anderen“ zu ermöglichen, die sich unter anderem an den Formen des Widerstands in Seattle orientiert. „Denn diese Bewegungen haben trotz all ihrer Unterschiede, trotz der manchmal bestehenden Meinungsverschiedenheiten, zu-

mit der grundlegenden Krise des Kapitalismus heute vorbei. Auch die Perspektive der Charta 2000 bleibt im Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse und greift damit zu kurz.

Der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten Osteuropas und die Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Parteien ermöglichte dem neoliberalen Feldzug der Banken und Konzerne weitere Erfolge. Zum eingeschlagenen Weg der Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierungen kam eine enorme ideologische Offensive von der Überlegenheit des Marktes. In der kapitalistischen Gesellschaft orientieren sich die Zwischenschichten zwischen den Polen der Kapitalisten und der Arbeiterbewegung. Die neoliberale Offensive und die zeitweilige Defensive der Arbeiterbewegung drängten auch viele WissenschaftlerInnen an die Seite des Kapitals: Der Eindruck der Stärke des Marktsystems und ein Fehlen jeglicher Alternative wurde von ihnen reproduziert (das heißt nachgeahmt und weiterverbreitet). Nicht umsonst wurde der Wirtschaftsteil der meisten Zeitungen ausgebaut, Betriebswirtschaftslehre populär wie nie und die wissenschaftliche Lehre eingeeignet auf die Vermittlung von Sachzwängen innerhalb dieses Systems.

Radikalisierung

Die Arbeiterbewegung ist dabei, sich von diesen Rückschlägen zu erholen. Gerade die Kämpfe in Frankreich in den

90ern, die wachsende Radikalisierung von Jugendlichen gegen die Institutionen des globalen Kapitalismus - begonnen in Seattle - sind Zeichen dieser Entwicklung. Verallgemeinerte Bewegungen der Arbeiterbewegung sind aber noch Zukunftsmusik. Dies führt dazu, dass sich intellektuelle Zwischenschichten, die sich an der neoliberalen Realität die Finger verbrannt haben, neu orientieren und einen Ausweg suchen - und verhältnismäßig viel Gehör finden.

Bourdieu drückt diese Entwicklung aus. Er leistet mit seiner Kritik des Neoliberalismus eine wertvolle Hilfe für die Arbeiterbewegung, indem er den einheitlichen Block des ideologischen Drucks der Kapitalisten aufzubrechen hilft. Damit verschafft er zukünftigen Bewegungen Ansatzpunkte und mehr Spielraum. Gleichzeitig bleiben seine Vorschläge sehr begrenzt. Bourdieu weist selbst immer wieder darauf hin, er könne kein politisches Programm bieten, er setze sich nur für den Rahmen einer neuen Internationale der sozialen Bewegungen ein. Seine Orientierung zum Beispiel auf einen europäischen Sozialstaat auf der Grundlage eines sozialen Kapitalismus stellt ein Hindernis für die zukünftige Entwicklung dieser Bewegungen dar. Die Wiederbewaffnung der internationalen Arbeiterbewegung mit Theorie bekommt etwas mehr Platz zum Atmen durch Bourdieu - sozialistische Luft benötigt sie von anderswo. ■



... auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gingen massenhaft auf die Straße.



Streik in der Neuen Wirtschaft

In den USA kam es in der Neuen Wirtschaft zu einem Arbeitskampf nach altem Muster. Über zwei Wochen lang streikten in diesem Sommer 86.000 Beschäftigte des Mobilfunkunternehmens Verizon Communications. Die Konzernleitung gab allen Forderungen der Streikenden nach: Gewerkschaftliche Organisation in Zulieferbetrieben wird nicht mehr behindert. Arbeitsplätze werden nicht mehr in gewerkschaftsfreie Regionen der USA verlagert. Die Löhne steigen in drei Jahren um 12 Prozent.

Arbeitskampf bei VW Mexiko

Im August wurde 13 Tage lang VW Puebla bestreikt. 12.000 gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen waren mit der Forderung nach einer 35-prozentigen Lohnerhöhung in den Ausstand getreten. Von staatlicher Seite wurde der Arbeitskampf für illegal erklärt. Daraufhin protestierten 1000 GewerkschafterInnen mehrere Stunden vor dem Regierungspalast. Am 30. August einigten sich Gewerkschaftsführung und Geschäftsleitung auf eine Lohnerhöhung von insgesamt 21 Prozent.

Ölkatastrophe in Russland

In Russland entweichen jährlich rund 15 Millionen Tonnen Rohöl aus maroden Ölpipelines und verseuchen die russische Taiga und Tundra. Tag für Tag läuft so viel Öl aus wie 1989 bei der Havarie des Tankers Exxon Valdez vor der Küste Alaskas. Die Tankstellenkette Elf verarbeitet in ihren ostdeutschen Raffinerien hauptsächlich Ölimporte aus Russland. Nur darauf aus, eine schnelle Mark zu machen, schert sich Elf „einen Dreck“ um diese schleichende Umweltkatastrophe in Westsibirien.

Tschetschenien - der vergessene Krieg

Grosny, das einmal 400.000 Einwohner hatte, liegt heute in Schutt und Asche. Die erste zerstörte Hauptstadt seit Warschau 1944. Selbst der von Moskau eingesetzte Verwaltungschef Kadyrow, sagte, dass die „Praxis der Massensäuberungen“ dazu führen werde, dass die Bevölkerung einen Aufstand organisieren würde (FAZ, 19.9.00).

Perverser Markt

Afrikanische Kakaounternehmen wollen mit dem Beginn der Erntezeit im Oktober einen Teil der Ernte zerstören. Insgesamt sollen 250.000 Tonnen Kakaobohnen vernichtet werden. Das haben Ghana, Nigeria, Kamerun und die Elfenbeinküste Anfang September beschlossen. Diese vier Länder bestreiten 70 Prozent des weltweiten Kakaoangebots. Der Vorsitzende des Verbandes Ghanaischer Kakaoproduzenten erklärte, diese Aktion werde den Kakaopreis auf dem Weltmarkt in die Höhe treiben.

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliarden fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt,

sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nach dem Regierungswechsel nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Warum ich SAV-Mitglied bin



Mareike Hörsting, 19 Jahre, Coesfeld

In Deutschland sehe ich keine blühenden Landschaften, ich sehe aber Unkraut wuchern und niemand ist in Sicht, der es an der Wurzel packen will, um es heraus zu reißen. Stattdessen sehe ich Politiker, die sich als rechte Hand der Großkonzerne und Banken verdient machen. Sie haben sich „Profit“ auf ihre Fahnen schreiben lassen und verfol-

gen dieses Ziel ohne Rücksicht auf das Volk und die Wahlversprechen, die sie ihm gemacht haben.

Ich sehe wie sich die Menschen diesem Zeitgeist anpassen und nur noch durch das Leben hetzen. Immer auf der Suche nach dem schnellen Glück, das sich in Aktienkursen und schwarzen Zahlen finden soll. Deshalb sehen sie auch nicht die vielen Menschen auf der Welt, die vor sich hin vegetieren, und sie hören nicht die Kinder, die jämmerlich weinen.

Rechtsextremismus macht sich breit. Die Politiker taten geradezu so, als würde dieses Problem noch nicht lange existieren. Jetzt, wo der Wirtschaftsstandort Deutschland in Gefahr ist wollen sie eingreifen. Ich denke,

dieses Beispiel demonstriert hinreichend, wo Deutschland steht.

Immer mehr Menschen bemerken, dass die Fortbewegung in die falsche Richtung verläuft, immer mehr Menschen sehen ein, dass sie es sind, die dabei auf der Strecke bleiben.

Doch ist diesen Menschen noch kein offensichtliches Forum geboten worden, noch sehen sie wirkliche Möglichkeiten sich zu organisieren, um so gegen diese Entwicklung vorzugehen.

Deshalb bin ich Mitglied in der SAV geworden, weil ich nicht akzeptieren will, dass der Kapitalismus versucht uns zu seinen Sklaven zu machen.

Ich möchte mit der SAV für Solidarität und eine sozialistische Demokratie kämpfen.

Internationaler Weltmarsch der Frauen

Brüssel, 14. 10., 11 Uhr: Marsch von der Weststraat zum Parc du Cinquantaire

Frauen werden im Kapitalismus nicht nur als Teil der Arbeiterklasse, sondern auch auf Grund ihres Geschlechts benachteiligt. Frauen verdienen im Durchschnitt 30 Prozent weniger als Männer. Zwei Drittel aller Armen weltweit sind Frauen. In den unterentwickelten Ländern müssen Millionen Frauen für Multis zu Hungerlöhnen arbeiten. Oft müssen sie in den Fabriken übernachten. Konzerne wie Siemens bestehen auf Schwangerschaftstests. Auch Gewalt gegen Frauen ist universell. Laut Unicef geben über 70 Prozent der Frauen in Bangladesh, Indien, Nepal und Pakistan an, regelmäßig geschlagen zu werden. Von Genitalverstümmelung sind nach Schätzungen von Unicef 130 Millionen Mädchen und Frauen in Asien, Afrika und im Nahen Osten betroffen. In der BRD wird alle drei Minuten eine Frau vergewaltigt. Anorexie und Bulimie (Mager- und Ess-Brech-Sucht) sind weibliche Krankheiten: 90-95 Prozent der Erkrankten sind Frauen. Laut der American Anorexia and Bulimia Association erkranken in den USA pro Jahr eine Million Frauen daran.

Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, begann der Weltmarsch, der zum Aufbruch in ein neues Jahrtausend ein Zeichen gegen Armut und Gewalt setzen soll. Für Europa ist am 14. Oktober ein Frauenmarsch nach Brüssel geplant. In Washington ziehen Frauen am 15. Oktober zur Weltbank und zum IWF. Am 17. Oktober endet er in New York mit der Übergabe hunderttausender

Postkarten an den UN-Generalsekretär.

Ca. 4000 Organisationen (Gewerkschaften, NGO's, feministische Gruppen u.a.) aus über 140 Ländern beteiligen sich an den Protesten. Die Hauptforderungen zielen auf die ‚Bekämpfung der Armut‘, ‚Beendigung der Gewalt gegen Frauen‘ und den ‚Schutz der ArbeitnehmerInnen‘, ab.

Das Programm für den Marsch fordert aber auch, dass die sieben reichsten Länder einwilligen, ihren Reichtum auf die anderen Länder gerecht umzuverteilen und dass die Vereinten Nationen alle Formen der Intervention, Aggression und militärischen Besetzung beenden. Die OrganisatorInnen fordern ebenfalls eine politische Weltorganisation, mit Autorität über die Wirtschaft sowie gleiche und demokratische Repräsentation aller Länder der Erde und eine gleiche Repräsentation von Frauen und Männern. Dies bleiben jedoch nur träumerische Ideen, solange die Macht und Herrschaft der Banken und Konzerne nicht angetastet wird. Die SAV und das Komitee für eine Arbeiterinternationale beteiligen sich an den Demonstrationen. Wir bringen aber auch unsere Position ein, dass der einzige Weg, wie sich Frauen befreien können, letzten Endes darin besteht, den Kampf gegen Sexismus und Unterdrückung mit dem Kampf für eine sozialistische Alternative zu verbinden.

Alexandra Geisler

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG West: erfragen im SAV-Büro
OG Mitte/Süd: Mittwochs, 19 Uhr Ché-Haus, Pontstr. 41
☎ 0241 - 508685
e-mail: savaachen@aol.com

Berlin

OG Treptow-Köpenick: Mittwochs, 19 Uhr, Selbsthilfenzentrum, Fennstr. 31, (S-Bahn Schöneweide)
OG Prenzlauer Berg: Montags, 19 Uhr, Kiez-Club, Jablonskistr. 26, (S-Bahn Prenzlauer Allee)
☎ 030 - 4408429 e-mail: SAVBerlin@compuserve.de

Bremen

Dienstags, 19 Uhr, Jugendfreizeitzentrum Friesenstr. 110
☎ 0421 - 5 57 68 97
e-mail: savbremen@nord-com.net

Bremerhaven

Infos unter Tel. (030)24723802 bei der SAV-Bundeszentrale

Dresden

Infos unter Tel. (030) 24723802 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58.
☎ 0761 - 4 16 32 oder
www.SAV-Freiburg-Online.de

Hamburg

Donnerstags, 19 Uhr, GWA St. Pauli, Hamburgerstr.2/H.-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn)
e-mail: savhamburg@gmx.de

Kassel

Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12,
☎ 0561 - 9223522

Kiel

Infos unter Tel. (030) 24723802 bei der SAV-Bundeszentrale

Köln

OG Innenstadt: Dienstags, 20 Uhr Allerweltschhaus, Körnerstr. 77-79
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstr. (U-Bahn Kalk Kapelle).
☎ 0221 - 8306381

Rostock

Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg) ☎ 0381- 4996590
e-mail: savrostock@aol.com

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Str. 82, (Nähe Löhrtor)

Stuttgart

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9,
☎ 0711 - 242442

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten Cottbus, Darmstadt, Duisburg, Essen und Frankfurt/Main über die SAV-Bundeszentrale, ☎ (030) 24723802:

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. September
Die nächste VORAN erscheint am 31. Oktober

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax: 0044 20 8988 8793
E-Mail: inter@dircon.co.uk
website: www.worldsocialist-cwi.org



VORAN
Littensstr. 106/107, 10179 Berlin

Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail: savbund@t-online.de
Internet: www.SAV-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Faschismus ist keine Meinung ...

Auf nach Berlin – Weg mit der NPD-Zentrale!

Demonstration am 7. Oktober: 13 Uhr S-Bahnhof Spindlersfeld



Horst Steinert, 83 Jahre, Widerstandskämpfer, Mitglied von SAV und JRE

„Als ehemaliger Widerstandskämpfer bin ich heute mit der jungen Generation gegen die Nazis aktiv. Ich werde nie vergessen, wie wir Kommunisten genauso wie viele Sozialdemokraten am 30. Januar 1933 in unseren Kellern saßen, und darauf warteten, dass die Führungen

unserer Organisationen gemeinsam den Aufruf zum Losschlagen geben. Tragischerweise wurde damals nicht vereint gekämpft, sondern kampflos kapituliert. Heute müssen wir aus den Fehlern von damals die Lehren ziehen. Natürlich bin ich am 7. Oktober mit dabei.“



Kati & Alex, Betriebsjugendausschuss der DPG bei der Telekom*

Katharina Eichholtz und Alexandra Arnsburg haben sich in den letzten Wochen dafür eingesetzt, dass der Betriebsjugendausschuss der DPG-Telekom in Berlin die Demonstration gegen die NPD-Zentrale unterstützt. Katharina ist Vorsitzende und Alexandra Mitglied im Betriebsjugendausschuss (BJA).

Alexandra: „Wir haben den Demoauftrag von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) auf einer Sitzung des BJA eingebracht. Es gab eine sehr lange Diskussion dazu, aber unserer Antrag auf Unterstützung der Demo wurde dann angenommen. Für die Sitzung darauf haben wir Vertreter von JRE eingeladen, die die Bedeutung der Demonstration und auch JRE vor-

gestellt haben. Das war sehr gut, da dadurch die Mitglieder des BJA einen genaueren Eindruck von der Kampagne bekommen konnten.“

Katharina: „Für mich ist diese Demonstration sehr wichtig, weil ich selbst in Köpenick wohne und die Nazis eine direkte Bedrohung darstellen.“

Ich habe den Antrag auch bei der Betriebsverwaltung der DPG-Telekom (das sind alle DPG-Mitglieder, die nicht mehr zur DPG-Jugend gehören) eingebracht. Dort gab es nur gute Reaktionen und sofort Unterstützung. Wir haben 700 Mark bewilligt bekommen, die für 1000 Plakate und 2000 Flugblätter genutzt werden. Die Betriebsverwaltung hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Mobilisierung bei der Telekom zur Demo organisiert und auch das Auftreten der DPG auf der Demo.“

Peter Metz, ötv-Sekretär Kassel*



Ich unterstütze die Demo gegen Rechts am 7.10. in Berlin, weil ich Gewalt, Intoleranz und Rassismus zu tiefst verabscheue.

Seit 30 Jahren verbringe ich meinen Urlaub im Ausland und genieße dort Kultur, Land und Leute und ich finde es be-

reichernd, Teile dieser ausländischen Lebenskultur auch in Deutschland wieder zu finden.

Als Gewerkschafter und jemand, der versucht, aus der Geschichte zu lernen, weiß ich wohin der braune Stumpfsinn führt. Im Zeichen der Globalisierung der Arbeitswelt gilt die alte Gewerkschaftsweisheit „Gemeinsam sind wir stark“ natürlich auch für ausländische und deutsche ArbeitnehmerInnen. Wir brauchen keine Ausgrenzung und gewalttätige Verfolgung von allem, was angeblich anders ist. Wenn wir für die ArbeitnehmerInnen soziale Gerechtigkeit durchsetzen wollen, brauchen wir die Internationale Solidarität.

Deshalb gebt Rechts keine Chance!

* Angaben zur Funktion dienen nur zur Kenntlichmachung der Personen



SAV-Block auf der Demonstration der Gewerkschaftsjugend am 23. September in Berlin. SAV-Mitglieder mobilisierten für die Demo gegen die NPD-Bundeszentrale.

Statt Sonntagsreden: Gewerkschafter müssen handeln!

„Der Faschismus und die zur Anwendung kommenden Methoden seiner Herrschaft hängen ab von dem Grad der Bedrohung, den das kapitalistische System gesellschaftlich für seine Existenz empfindet. Sind doch der Faschismus und auch faschistoide Systeme der kapitalistischen Gesellschaft adäquate Regierungsformen, deren sich die Bourgeoisie in Krisenlagen mit mehr oder weniger intensivem Druck bedient“

(Viktor Agartz, Sozialist und bis 1955 Mitglied im Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes – DGB).

Torsten Sting, Rostock

In der norddeutschen Kleinstadt Elmshorn wurde der IG Metall-Bevollmächtigte im April diesen Jahres von Faschisten mit dem Tode bedroht. Auf einem Transparent, das bei einer Autobahnbrücke entrollt wurde, wurde auf ihn ein Kopfgeld ausgesetzt. Die Kameradschaft Gera veröffentlichte im Internet einen Steckbrief mitsamt Foto des DGB-Jugendbildungsreferenten.

Politische Verantwortung

Schaut man nach Schweden, so wird deutlich, wie dringend das ganze ist. Dort ging der Naziteror so weit, dass ein linker Gewerkschafter bereits ermordet wurde. Um die Faschisten

erfolgreich bekämpfen zu können, kommt gerade der Gewerkschaftsbewegung eine entscheidende Bedeutung zu. In ihr sind die arbeitenden Menschen aufgrund ihrer materiellen Abhängigkeit vom Unternehmer unabhängig von ihrer nationalen Herkunft organisiert. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Interessen der ArbeiterInnen gegenüber denen der Kapitalisten zu vertreten. Dies macht sie zu natürlichen Feinden der Faschisten, die in genauem Gegensatz dazu den Klassenkampf ablehnen und eine rassistische Ideologie verfolgen.

Kampfstrategie

Hier sind die Gewerkschaften gefordert, ihre Verankerung in den Betrieben zu nutzen um Argumente gegen Sozialabbau, Bereicherung der Politiker und Profitgier der Konzerne einerseits mit Antirassismus und gemeinsamem Kampf der KollegInnen zu verbinden. Die Gewerkschaften müssen sich darüber hinaus an vorderster Front bei Mobilisierungen gegen jegliche faschistische Aktivitäten beteiligen und nicht nur ein paar Funktionäre und eine Fahne zur Demo vorbeischieken, wie dies oft der Fall ist.

Statt gemeinsame Erklärungen mit den Arbeitgeberverbänden zu verabschieden und moralisierende Reden zu halten, müssen die Gewerkschaften zusammen mit linken Organisationen und ihren eigenen Mitgliedern, Nazi-

aufmärsche verhindern und effektiven Selbstschutz organisieren. Dass dies möglich ist, zeigen die erfolgreichen Mobilisierungen in Göttingen in diesem Jahr, wo mehreren Naziaufmärschen erfolgreich begegnet werden konnte.

Dies steht jedoch im Gegensatz zur Politik der Gewerkschaftsführung. Sie hat in den vergangenen Jahren dem staatlichen Rassismus wenig entgegen gesetzt bzw. sich selber daran beteiligt. So forderte der Vorsitzende der IG Metall, Zwickel, ebenso wie DGB-Chef Schulte eine Begrenzung der Zuwanderung, „um den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten“. Statt die Propaganda der Herrschenden zu entlarven, mischen die Bürokraten munter mit. Darüber hinaus haben die Zugeständnisse der letzten Jahre an Regierung und Unternehmer die Gewerkschaftsführer zu Mitverantwortlichen an der sozialen Misere gemacht. Die Aufgabe der AntifaschistInnen muss es daher sein, die Frage des Kampfes gegen die Nazis in die Gewerkschaften zu tragen. Neben dem direkten Kampf gegen Nazi-Gewalt müssen die Gewerkschaften den Kampf aufnehmen gegen Unternehmer und Regierung. Nur wenn es eine machtvolle Bewegung gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Perspektivlosigkeit gibt, wird die Unterstützung für die rechten Rattenfänger dauerhaft zurückgehen. ■

Regierung vertuscht Nazi-Morde

Einem Panorama-Bericht zu Folge registrierte die Kohl-Regierung seit der Wende 34 Nazi-Morde. Schon das klingt verächtlich wenig, doch nach dem Regierungswechsel setzte Rot-Grün noch eins drauf. So änderten sie die statistischen Kriterien und machten aus 34 gerade mal 24 Nazi-Morde. Nach Angaben von dem Journalisten Frank Jansen gab es seit 1990 mindestens 117 Todesopfer faschistischer Gewalt. Fälle, wie die des 1999 in Guben zu Tode gezeigten Algeriers Omar Ben Noui tauchen in der Statistik von Schröder und Co. nicht auf.

Nelli, Berlin

Lied vom SA-Mann

Als mir der Hunger knurrte,
schlief ich
Vor Hunger ein.
Da hört ich sie ins Ohr mir
Deutschland erwache!
schreien.

Da sah ich viele
marschieren
Sie sagten: ins Dritte Reich.
Ich hatte nichts zu verlieren
Und lief mit, wohin war mir
gleich.

Als ich marschierte,
marschierte
Neben mir ein dicker Bauch
Und als ich „Brot und
Arbeit“ schrie
Da schrie der Dicke das auch.

Der Staf hatte hohe Stiefel
Ich lief mit nassen
Füßen mit
Und wir marschierten beide
In gleichen Schritt und Tritt.

Ich wollte nach links
marschieren
Nach rechts marschierte er
Da ließ ich mich
kommandieren
Und lief blind hinterher.

Und die da Hunger hatten
Marschierten matt
und bleich
Zusammen mit den Satten
In irgendein drittes Reich.

Sie gaben mir einen
Revolver
Und sagten: Schieß auf
unserm Feind!
Und als ich auf ihren
Feind schoß
Da war mein Bruder
gemeint.

Jetzt weiß ich: drüben steht
mein Bruder.
Der Hunger ist's, der
uns eint
Und ich marschiere,
marschiere
Mit seinem und meinem
Feind.

So stirbt mir jetzt mein
Bruder
Ich schlacht' ihn selber hin
Und weiß doch, dass, wenn er
besiegt ist
Ich selber verloren bin.

Bertolt Brecht

**Bundeskonzferenz
der SAV
Köln 8. bis 10.
Dezember**

Anmeldung bis 17.
November an die
SAV-Bundeszentrale:
Littenstr. 106/107,
10179 Berlin

Quiz: Wer sind die geistigen Brandstifter?

In den letzten Wochen überschlugen sich die Politiker darin, angesichts der Nazi-Gewalt Krokodilstränen zu vergießen. Die gleichen Politiker – aller etablierten Parteien – haben mit ihrer rassistischen Hetze den Boden dafür bereitet. Wer hat die unten aufgeführten Sprüche geklopft?

1. „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“
2. „Kinder statt Inder.“
3. „Deutschland ist eine durchrasste Gesellschaft.“
4. „Die Fülle der Ausländer gefährdet bereits stellenweise das Recht der Deutschen auf Bewahrung ihrer Identität.“
5. Die Zuwanderung in die BRD muss „so eng wie möglich“ begrenzt werden.
6. „Es kommen im Moment vor allem Menschen, die nicht zu uns passen.“

1: Bundesinnenminister Schily (SPD); zur Verteidigung Schillinghämmer
Sozialpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe Bayern, sens Ex-Justizminister Heilmann (CDU) 5: Schäuble (CDU) 6: Deutschlands nicht verkraftbar ist.“ 2: Jürgen Rüttgers (CDU) 3: Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) 4: Sach- Realität wieder gegeben, dass zusätzliche Zuwanderung nach lvs sagte Bundeskanzler Schröder (SPD): Schily hätte die

... sondern ein Verbrechen!

NPD Stoppen!



Werdet aktiv die Nazis!

eine sozialistische Alternative aufbauen

Wir fordern:

- ➔ Weg mit der NPD-Bundeszentrale
- ➔ Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, ImmigrantInnenverbänden, antifaschistischen Organisationen und linken Parteien
- ➔ Keine Vermietung öffentlicher Straßen, Räume und Plätze für Nazis
- ➔ Statt Rassismus: Arbeit und gleiche Rechte für alle
- ➔ Gemeinsamer Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau
- ➔ Bekämpfung der Fluchtursachen nicht der Flüchtlinge; Schluss mit Waffenexporten, Enteignung der Rüstungskonzerne, Verstaatlichung der Banken unter Arbeiterkontrolle und Verwaltung und Streichung aller Schulden der Länder der „Dritten Welt“

Seit Wochen berichten die Medien von der faschistischen Gefahr und die Politiker übertreffen sich geradezu in ihrem Antifaschismus. Dass das pure Heuchelei ist, wird vor allem vor dem Hintergrund von rassistischer Politik und sozialem Kahlschlag deutlich.

Nelli und Leonie, Berlin

Wir müssen uns selber den Nazis in den Weg stellen. Dabei dürfen wir uns nicht auf Polizei, Staat und Justiz verlassen. Zunehmende Perspektivlosigkeit führt dazu, dass immer mehr Jugendliche auf die rechte Hetze der Nazis reinfallen. Deswegen müssen wir das Übel an der Wurzel packen und den Kampf gegen Rassismus mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau verbinden.

Anwohnerschaft mobilisieren

Die Demonstration gegen die NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick kann deshalb nur der Anfang sein. Es kommt nun darauf an, die Anwohnerschaft zu mobilisieren, um das Kräfteverhältnis dauerhaft zu verändern. In jedem Laden, in jeder Kneipe, in jedem Hausgang sollten Plakate gegen Nazis hängen.

Die SAV hat zusammen mit einigen anderen Organisationen regelmäßig Infotische in Köpenick organisiert, um der NPD den Platz streitig zu machen und die Bevölkerung über die wahren Absichten der Faschisten aufzuklären. Eine Flugblattaktion der NPD am S-Bahnhof Köpenick Ende August konnte durch unser Eingreifen gestoppt werden. Das und die gute Resonanz, die wir von PassantInnen erhalten haben, ist ein erster Erfolg.

Gewerkschaften in die Offensive

Zum anderen ist es wichtig, dass die Gewerkschaften gegen den Naziterror aktiv werden und ihre Mitglieder mobilisieren. Die Gewerkschaften sind mit ihrer großen Zahl nichtdeutscher Mitglieder die größte ImmigrantInnenorganisation in der BRD.

Leider stellen auch einzelne Gewerkschaftsführer die Einwanderung als Ursache für soziale Probleme dar und tun sich nicht gerade hervor, die Kampfkraft der Basis gegen die Faschisten zu nutzen. Darum muss von innen und außen Druck auf sie ausgeübt werden und untere Gliederungen müssen eigenständig in Aktion treten.

Das Beispiel von Elmshorn bei Hamburg, wo durch die Bedrohung des IG

Metall-Chefs durch Neonazis die Gewerkschaftsführung gezwungen war, gegen die Faschisten vorzugehen, darf kein Hamburger Phänomen bleiben. Denn dies führte zu einer Stimmung bei einem Teil der Mitgliedschaft und der arbeitenden Bevölkerung, aktiv zu werden.

In Hamburg-Altona zum Beispiel konnten mehrere Versuche rechter Aktivitäten verhindert werden, weil im Stadtteil eine antifaschistische Grundstimmung vorherrscht.

Gemeinsamer Kampf gegen Sozialabbau

Die NPD gibt sich bewusst antikapitalistisch mit Sprüchen wie „Arbeit statt Profite“ und „Sozialismus ist machbar: NPD“, um auf die Stimmung gegen das Establishment und für eine politische Alternative zu reagieren. Doch in Wirklichkeit bedeutet ihre Alternative Abschaffung jeglicher demokratischer Rechte und Aufbau einer faschistischen Diktatur.

Es genügt nicht, allein gegen die NPD aktiv zu werden. Nötig ist ein gemeinsamer Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen den sozialen Kahlschlag. Um die Nazis endgültig von diesem Planeten zu verjagen, ist es notwendig das gesamte unsoziale, kapitalistische System abzuschaffen und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. Dabei wird uns nichts geschenkt werden: wir müssen es uns selber erkämpfen. Deshalb werde aktiv bei der SAV!

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Infos: 030-24723802

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Telefon: 030-24723802, Fax 030-24723804, e-mail: savbund@t-online.de

JA, ich möchte VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name Telefon

Adresse